Nr. 199. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 27. August 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Bei Wasser und Brot.

Wir Sozialdemokraten haben gewiß keinen Grund, uns über allzu humane Behandlung zu beklagen, die etwa denen von uns zu theil geworden sei, die der trauten Umarmung deutscher Gefängnißmauern verfallen waren. Skandalöse Vorfälle wie der Leipziger, wo man einen unserer Redakteure mit Ketten geschlossen durch die Stadt transportirte, oder wie in Harburg, wo man einem anderen Redakteur das Haar abschnitt und ihn mit Baumwollzupfen oder dergleichen beschäftigte, sind ja noch in aller Gedächtniß. Unser Gefängnißwesen liegt sehr im argen; das Leben in den Strafanstalten führt in der Regel den langsamen körperlichen Ruin der Gefangenen herbei. Aber die Fachleute, wie Gefängnißdirektoren, Gefängnißärzte, Juristen und Gelehrte, die sich mit dem Gefängnißwesen beschäftigen, verfolgen doch immerhin in ihrer Weise sozusagen humanitäre Bestrebungen. Noch auf der Versammlung der kriminalistischen Vereinigung, die im Sommer dieses Jahres in Heidelberg tagte, kamen Beschlüsse zu stande, die auf Strafaufschub bei erstmalig Verurtheilten, frühzeitige Entlassung bei guter Führung im Gefängniß, Fürsorge für entlassene Sträflinge herauskamen.

Ganz anders eine gewisse Sorte von feigen und niederträchtigen Buben, die seit einer Reihe von Jahren bei uns ihr Wesen treiben und in der öffentlichen Meinung Stimmung zu machen suchen für die Rückwärtsrevidirung des Gefängnißwesens im Sinne brutaler und unmenschlicher Behandlung, oder besser Mißhandlung der Gefangenen. — Da stoßen wir beispielsweise im neuesten Heft der „Grenzboten" auf solch einen Burschen, der sich, anonym natürlich, unter der Ueberschrift: „Bei Wasser und Brot" also vernehmen läßt:

„Es ist eine bekannte Thatsache, daß bei Beginn des Winters, wenn der Aufenthalt im Freien anfängt unbehaglich zu werden, der „Verkehr" in den sogenannten „Gefangenenhotels" merklich zunimmt, und daß in den wirklich harten Wintermonaten die Gefängnisse meistens so angefüllt sind, daß für weitere „Gäste" kaum noch Platz ist.... Man kann es aber auch wirklich einem Landstreicher, der nicht ein besonders zartes Ehrgefühl hat, nicht verdenken, wenn er bei rauhem, kaltem Wetter, womöglich Schneetreiben, den Aufenthalt in einer, man kann wirklich sagen, Staatswärme- und Speisehalle dem Hungern und Frieren auf der Landstraße vorzieht. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, im Winter in eine Gefangenenzelle einen Blick zu thun und die friedlichen und zufriedenen Gesichter der Bettler und Vagabunden zu sehen, die hier ihr gutes Unterkommen gefunden haben und es sich nach einem kurzen Marsch vom vorigen „Platze" nach dem jetzigen wohl sein lassen in dem warmen sauberen Raum, bei warmer Kost und, wenn ihnen das Glück hold ist, auch in angenehmer Gesellschaft von „Kollegen", der wundert sich garnicht über die Schaar von Bettlern, die im Winter von Haus zu Haus rennen, in der Hoffnung, endlich einmal einem Polizisten oder Gendarmen in die Arme zu laufen."

„Die heutigen Verhältnisse sind derart, daß die Haftstrafe und die geringen Gefängnißstrafen für den, der wie die meisten Vagabunden den Aufenthalt im Gefängniß nicht für schimpflich hält, überhaupt keine Strafen sind; im Gegentheil, sie bilden eine zum theil mit allen möglichen Annehmlichkeiten umgebene Zuflucht für Müßiggänger und solche, die mit Hunger, Kälte und sonstigen Lebensnöthen zu kämpfen haben. Im Gefängniß bekommen sie gratis alles, was sie sonst entbehren müssen, ein warmes Zimmer, ein weiches Lager, anständiges warmes Mittagessen, ja sogar in vielen Gefängnissen im Winter auch warme Suppe. Eine merkwürdige Sache: Sträflingen giebt man, was für den deutschen Soldaten nicht bewilligt werden kann — warme Abendkost.

„Wie ist nun aber dem Uebel der Ueberfüllung der Gefängnisse abzuhelfen? Einem Theil der Sträflinge wäre schon mit Zwang zur Arbeit während der Gefängnißzeit beizukommen. Freilich müßte wirkliche harte Arbeit gefordert werden, wie sie im gewöhnlichen Leben nicht von ihm verlangt wird. Die Scheu vor solcher Arbeit würde sicher schon eine Menge sonst „ständiger Gäste" für die Zukunft fernhalten; das beweist die namenlose Angst der Landstreicher vor den Landarbeitshäusern, wo solche harte Arbeit von ihnen verlangt wird. — Aber es giebt noch ein anderes, jedenfalls sehr wirksames Mittel, das noch dazu den Vorzug großer Billigkeit hat. Dieses Mittel ist die Einführung von Wasser und Brot als Gefangenenkost und die Entziehung aller Annehmlichkeiten, die der Aufenthalt im Gefängniß heutzutage gewährt. Es ist gar nicht einzusehen, warum die Gefangenen ebenso gut und reichlich oder womöglich noch besser und reichlicher speisen sollen, in einem ebenso warmen oder gar noch wärmeren Zimmer sitzen sollen, als sie außerhalb des Gefängnisses gewohnt sind. Man richte doch die Verpflegung und Beköstigung in den Gefängnissen ähnlich ein wie in den Militärarresten. Man gebe z. B. dem zu Gefängniß Verurtheilten drei Tage lang Wasser und Brot, lasse ihn während dieser Zeit in einer nicht eben mollig warmen Zelle sitzen und gewähre ihm für gewöhnlich nur eine harte Lagerstätte. Der vierte Tag sei dann, ebenso wie beim militärischen mittleren Arrest, ein sogenannter „guter Tag", wo dem Sträfling ein etwas wärmeres Zimmer, eine weiche Lagerstätte und warme Kost gewährt wird. Auf diesen „guten Tag" mögen dann wieder drei oder auch nur zwei „schlechte" folgen u. s. w. Ich bin überzeugt, daß ein Versuch mit dem von mir vorgeschlagenen Mittel glänzende Erfolge haben würde. Die sogenannten Luftsträflinge würden bald ganz verschwinden, weil sie unmöglich Gefallen daran finden können, drei Tage lang an trockenem Schwarzbrot zu nagen. Die Gefängnisse würden dann aufhören, eine Zufluchtsstätte von hungrigen und frierenden Bettlern und Bummlern zu sein, und wieder zu dem werden, was sie sein sollen: Strafanstalten, deren Besuch für keinen Menschen etwas Verlockendes haben sollte. Außerdem würde dem Staate eine Menge Geld erspart."

Zur Ergänzung theilen wir noch die folgende Stelle aus einem Aufsatz der vorhergehenden Nummer derselben Zeitschrift mit:

„Dem deutschen Doktrinarismus ist es gelungen, die Prügelstrafe aus dem Reichs-Strafgesetzbuche als richterliche Strafe zu entfernen. Wenn dann solche Gesellen im Gefängniß erscheinen, die nur aus Bosheit und Gemeinheit öffentliche Anlagen, Ruhebänke u. s. w. mit Koth beschmutzen, junge Bäume umknicken, Denkmäler oder Neubauten mit einer ätzenden Flüssigkeit begießen, oder wie jüngst in Frankfurt a. M. am Denkmal Karls des Großen die Hand herunterhauen, dann ergreift den Beamten das Gefühl: Für Dich, elender Kujon, ist das Gefängniß ein viel zu guter Ort, Du müßtest Prügel haben, daß Du an den Wänden hinauftanztest! Aber diese Energie geht unserer Rechtspflege immer mehr verloren."

Man weiß nicht, ob die Dummheit oder die Rohheit größer ist, die hier zu uns spricht. Kann denn wirklich ein vernünftiger Mensch glauben, daß einem verwahrlosten Burschen, der vielleicht ohne jede Erziehung in den moralisch und wirthschaftlich elendesten Verhältnissen aufgewachsen ist, dadurch Liebe zur Schönheit und ein Begriff von der Herrlichkeit eines Kunstwerks einzuimpfen sei, daß man ihn blutig schlägt? Die Prügelstrafe wird in der Weise vollzogen, daß der zu Bestrafende mit Händen und Füßen über einen Bock geschnallt wird; dann wird mit einem Stock, einem Ochsenziemer oder einer Lederpeitsche auf den straffgespannten und entblößten Hintern die zuerkannte Anzahl Hiebe (Höchstzahl nach dem Kawitscher Reglement 60) verabreicht. Wird ordonnanzmäßig von einem kräftigen Manne zugeschlagen, so muß beim fünften Hiebe die angespannte Haut platzen und jeder folgende Hieb klatscht in die blutige Masse. Wir behaupten, ein „Gebildeter", der an einem Menschen solche Prozedur vollziehen läßt, der ist unendlich viel roher, als ein verwahrloster Bursche, der einem Steinbild die Hand abschlägt. — Und der Erfolg? Wir zitiren die Stimme eines Gefängnißdirektors:

„Wird ordonnanzmäßig geschlagen, so wird der feige, schwächliche Delinquent heulen, brüllen, auf dem Bock sich drehen und winden, daß die Lederriemen zu zerplatzen drohen. Der kräftige, willensstarke Sträfling beißt die Zähne zusammen, trägt seinen Schmerz schweigend, oder flucht, höhnt und geht ungebrochen von dannen, von seinen Verbrechergenossen angestaunt als ein Held; der letzte Funke von Ehrgefühl ist heraus und grimmiger Haß hineingeprügelt."

Und dann das Rezept: bei Wasser und Brot in kalter Zelle auf hölzerner Pritsche! Der brutale Geselle, der das geschrieben hat, weiß nichts davon, daß schon jetzt in den Gefängnissen tausende infolge mangelnder Ernährung dahinsiechen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose betrug 1886—1887 in Preußen:

im Alter von	in der freien Bevölkerung	in den Strafanstalten
18—30 Jahren	2,78 pCt.	21,80 pCt.
30—60 Jahren	4,85 „	16,36 „

Ebenso hat der Statistiker Engel nachgewiesen, daß in den preußischen Gefängnissen die Krankheitsziffer doppelt so hoch war als in einer der gefährlichsten Berufsarten, nämlich dem Bergbau, und daß die Sterblichkeitsziffer in den Gefängnissen dreimal so hoch war. Ein anderer Gefängnißdirektor aber schreibt:

„Jeder, der das Leben der Gefangenen kennt und Jahre lang zu begutachten Gelegenheit hatte, muß, wenn er sich noch einiges Gefühl bewahrt hat, von Erbarmen ergriffen werden, wenn er sieht, wie selbst der gesund und kräftig eingelieferte Gefangene schon nach verhältnißmäßig kurzer Dauer zu kränkeln anfängt, die eigenthümlich blaßgraue Gesichtsfarbe annimmt, schlaff und träge wird und allmälig alle Energie des Körpers und Geistes verliert — lauter Zeichen der schlechten Ernährung des langsamen Verhungerns."

Diese Beispiele ließen sich verhundertfachen aus fremder und aus eigener Erfahrung. Aus dem engern Bekanntenkreis des Schreibers dieser Zeilen kam einer nach dreimonatiger Strafe mit 26 Pfund Gewichtsverlust aus dem Gefängniß zurück; ein anderer hatte nach einem Jahre 30 Pfund verloren; ein fernerer kam schwer lungenleidend aus dem Gefängniß zurück und mußte für lange Zeit eine Heilanstalt aufsuchen; ein vierter wurde krankheitshalber vorzeitig aus dem Gefängniß entlassen und starb kurze Zeit danach an allgemeiner tuberkulöser Durchseuchung. Alles dieses waren politische Gefangene, drei davon sozialdemokratische Redakteure. Und dem Schreiber dieses sagte der Gefängnißarzt eines preußischen „Mustergefängnisses", daß niemand, der über 6 Monate im Gefängniß zugebracht habe, ohne Schaden an seiner Gesundheit davonkomme.

Was verschlägt das alles freilich solchen literarischen Rowdys wie dem Artikelschreiber der „Grenzboten"? Mögen die Gefangenen unter der Peitsche verrecken oder bei ungenügender Nahrung an langsamer Blutverwässerung zu grunde gehen: eines kitzelt die rohen und grausamen Instinkte solcher Leute so angenehm wie das andere.

Doch die Sache hat noch eine andere Seite. Durch solche Straf-„Rechts"-Pflege, wie sie oben gewünscht wird, werden die Gefängnisse nicht entlastet, sondern sie werden in verstärktem Maße belastet; die Verbrecher werden zur Rückfälligkeit und infolge dessen zu neuen Gefängnißstrafen gezwungen. Praktisch, wie man in Preußen ist, hat man auch diese Seite der Frage längst beleuchtet; nämlich ob es billiger ist für den Staat, die Gefangenen so zu ernähren, daß sie nach der Entlassung die im bürgerlichen Leben von ihnen verlangte Arbeit leisten können, oder aber in der Ernährung bis aufs äußerste hinunterzugehen, auf die Gefahr hin, daß die Häftlinge leistungsunfähig werden, und wiederkommen müssen. Der Strafanstalts-Direktor Krohne schreibt in den „Blättern für Gefängnißkunde" schon 1884:

„Ist der Entlassene geschickt, kräftig, zuverlässig in seiner Arbeit, so sieht wohl der eine oder der andere über den Makel hinweg; aber einen halben Arbeiter mit dem man Nachsicht haben muß, dem jeden Augenblick der Athem auszugehen droht, der unter einem 1½ Zentnersack zusammenbricht oder der mit seiner Erdkarre immer 20 Schritt hinten nachkriecht und der noch dazu bescholten ist, den nimmt bei der Ueberfülle von tüchtigen, unbescholtenen Arbeitskräften niemand, als vielleicht eine besonders barmherzige Seele. Die Zahl der letzteren ist aber in unserer materiellen Zeit sehr rar geworden. Was bleibt denn nun dem in seiner Arbeitsfähigkeit Herabgekommenen, der überall vergebens um Arbeit anklopft und überall abgewiesen wird, übrig? Kaum etwas anderes als betteln oder stehlen. Im ersten Fall bevölkert man das Armen- und Korrektionshaus, im anderen die Strafanstalt. Durch eine schlechte, die Arbeitsfähigkeit des Gefangenen schädigende Ernährung züchten wir in unsern Strafanstalten selbst ein Verbrecher-Proletariat."

Das ist vielleicht ein Punkt, den die nach Brutalisirung der Gefangenen lechzenden Herren verstehen.

Sittlichen Motiven sind sie ja unzugänglich, sonst würden sie sich schämen, ihre niedrigen Gedanken öffentlich bekannt zu machen.

Geschichtliches Wissen haben sie nicht, sonst würde ihnen bekannt sein, daß im Mittelalter die Menschen zu Tausenden gerädert, gehangen und geköpft worden sind, daß man wegen der geringsten Vergehen den „Verbrechern" die Hände abhieb, die Ohren abschnitt oder sie mit dem Brenneisen marterte, — ohne daß durch diese Gewaltthätigkeit auch nur das geringste gebessert worden wäre und im Gegentheil, die gesammte Bevölkerung härter, roher und grausamer wurde.

Auch gesunde Vernunft haben die Herren nicht, sonst würden sie begreifen, daß, wer die Gefängnisse entvölkern will, in erster Linie die sozialen Zustände außerhalb der Gefängnisse bessern muß, um so die Ursachen, die zu Verbrechen führen, zu beseitigen.

Es bleibt aber noch der Geldpunkt, für den ja gewöhnlich auch die ungeschliffensten Gesellen ein feines Verständniß haben. Vielleicht ist er es daher, der manchen von der weiteren Stimmungsmacherei für das Wasser- und Brot-Rezept zurückhalten wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. August.

Der dritte Tag des Internationalen Arbeiterschutz-Kongresses. Der Kongreß ist trotz des schönen Wetters, das sich endlich eingestellt hat und hoffentlich andauern wird, von den Delegirten und „Gästen" sehr gut besucht, und auch die Tribünen des prachtvollen Tonhallensaales, welcher an die Londoner Queen's Hall — den Saal des letzten Internationalen Arbeiterkongresses — erinnert, sind sehr gut besetzt. Trotz des guten Besuchs bietet der Kongreß aber doch einige bedauerliche Lücken. Die französische und die dänische Arbeiterbewegung ist, jene nur mangelhaft, diese gar nicht vertreten. Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer hat von der Sendung eines Delegirten Abstand genommen und diesen Entschluß damit begründet, daß es sich für Sozialisten nicht gezieme, einen Kongreß gemeinsam mit Vertretern anderer Parteien abzuhalten, die wir im politischen Leben zu bekämpfen haben. Die Konsequenz dieser Auffassung würde sein, daß Sozialisten sich auch Parlamenten, parlamentarischen Ausschüssen u. s. w. fern zu halten hätten, wo wir ja ebenfalls mit Vertretern anderer Parteien zusammen tagen und zusammen zu arbeiten haben.

Nicht alle französischen Genossen haben sich indeß gegen die Beschickung des Kongresses erklärt: unsere Genossen Guesde, Lafargue, Chauvin und andere haben sich für den Kongreß angemeldet; sie sind aber bis heute noch nicht eingetroffen. Die französische Arbeiterpartei ist einstweilen nur durch Genossen Saraute vertreten; während die französischen Gewerkschaften und die Allemanisten, welche der Gewerkschaftsbewegung mehr Werth beimessen als der politischen, ziemlich zahlreich vertreten sind.

Die dänischen Genossen, die keinen einzigen Vertreter hergeschickt haben, waren der Ansicht, die sozialistische Partei werde auf dem Kongreß entweder majorisirt oder zu unwürdigen Kompromissen gezwungen werden. Die Unrichtigkeit dieser Annahme ist durch die Thatsachen widerlegt; von Delegirten oder „Gästen", die sich für den Kongreß angemeldet hatten, sind viele nicht erschienen. So fehlt z. B. Herr Bödicker, der ehemalige Leiter des Reichs-Versicherungsamts. Jedenfalls sind verschiedene weggeblieben, weil sie sich überzeugt haben, daß dieser Kongreß einen eminent praktischen Charakter hat, daß für Utopien kein Platz ist, — daß die Sozialisten die Mehrheit haben, und — daß Rüpeleien nicht geduldet werden. Von letzterem mußte der österreichische Antisemit und Reichsraths-Abgeordnete Axmann sich überzeugen, der, als ihm die Worte eines Redners nicht paßten, mit der Faust auf den Tisch schlug, worauf ihm von dem schweizerischen Nationalrath und St. Gallener Regierungsrath Curti, der neben ihm stand, ruhig und ernst bedeutet ward: „Wir sind hier nicht im österreichischen Reichsrath." Herr Axmann schnitt ein grimmiges Gesicht und ballte die Faust — besann sich jedoch rasch eines besseren und wurde still, mäuschenstill. Und das war klug.

Die anwesenden Antisemiten — zum Glück sind ihrer ganz wenige — haben überhaupt rasch gemerkt, daß hier kein Tummelplatz für ungezogene Buben ist; sie bestreben sich, an-

ständig zu sein oder verziehen sich, wenn sie fühlen, daß dies ihre Kräfte übersteigt.

Was dem Kongreß von ihnen zugedacht war, erhellt unter anderem daraus, daß einer der betreffenden Herren sein 12- bis 13jähriges Söhnchen, für das er vom Bureau durch falsche Vorspiegelungen eine Delegirtenkarte erschwindelt hatte, an der Abstimmung — die durch Aufheben der (grünen) Delegirtenkarten stattfindet — theilnehmen ließ. Das wurde natürlich bald bemerkt und dem Unfug gesteuert. Allein man sieht, wessen die Gesellschaft fähig ist.

Die heutige Berathung gilt dem Achtstundentag, der von dem Organisationskomitee, in dem freilich eine Minorität entgegen war, vorgeschlagen ist. Die Resolution des Komitees, die den Achtstundentag als „ein zu erstrebendes Ziel" hinstellt und ihn den Regierungen empfiehlt, hat in der Sektion eine etwas schärfere, präzisere und weitere Fassung erhalten. Prinzipielle Opposition wird von den Katholiken nicht gemacht; sie geben zu, daß der Achtstundentag zu erstreben ist, behaupten aber, daß es noch nicht möglich sei, einen einheitlichen Normalarbeitstag einzuführen, und daß es vorläufig genüge, den Achtstundentag für schwere Arbeit anzunehmen. Der Vorschlag des deutschen Sozialreformers Kulemann, die Länge der Arbeitszeit nach Maaß der Intensität der Arbeit zu bestimmen, wird von einem Theile der Katholiken adoptirt; worauf von verschiedenen Rednern, auch von nicht sozialistischen, mit recht geantwortet wird, daß dies die Proklamirung der Willkür und Verzicht auf jeden Normalarbeitstag wäre.

Für den Achtstundentag sprechen besonders wirksam (der Belgier) Vandervelde, Grillenberger und (der Schweizer) Tong. Grillenberger benutzte die Gelegenheit, zu sagen, daß die deutschen Sozialisten auf dem Kongreß nur das praktische Mögliche erstreben, daß der Achtstundentag, in der Form wie wir ihn fordern, praktisch möglich ist, wir in dem Achtstundentag den besten Arbeiterschutz erblicken, und daß wir uns mit weniger nicht begnügen werden.

Das Resultat war von vornherein nicht zweifelhaft. Die sozialistische Mehrheit ist stark und geschlossen. Mit einer Mehrheit von 174 gegen 81 und 170 gegen 80 (in den zwei entscheidenden Abstimmungen) wurde der Achtstundentag nach den Resolutionen der Sektion angenommen.

Das ist ein neuer Erfolg. Der dritte Tag des Arbeiterschutzgesetz-Kongresses steht hinter dem ersten und zweiten Tag nicht zurück. —

Das Wort „Allianz" soll nun endlich den Zähnen des Zaren entschlüpft sein. Wenigstens lautet eine Depesche aus Kronstadt:

Bei der heute an Bord des „Pothuau" veranstalteten Frühstückstafel brachte Kaiser Nikolaus folgenden Trinkspruch auf den Präsidenten Faure aus:

„Ihr Aufenthalt unter uns schafft ein neues Band unseren beiden befreundeten und alliirten Nationen, die gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Billigkeit beizutragen."

Was machen aber die Déroulède und Genossen mit einer für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bestimmten Allianz?

Wieder nur ein magerer Knochen für die um Stumm. Der Präsident der südamerikanischen Republik Uruguay, Borda, wurde in dem Augenblicke erschossen, als er die Kathedrale verließ; der Tod erfolgte fast sofort. Der verhaftete Mörder ist ein junger Mann namens Arredondo. Die provisorische Präsidentschaft hat Senatspräsident Cuestas übernommen.

Nachrichten der „Morning Post" aus Buenos Ayres zufolge stand der ermordete Präsident Borda im Verdacht, aus eigennützigen Beweggründen den Aufstand, der in Uruguay schon seit langer Zeit herrscht, genährt zu haben.

Wird dieses südamerikanische Attentat zur Begründung eines Ausnahmegesetzes gegen deutsche Sozialdemokraten ausreichen?

Deutsches Reich.

— Die so viel Aufsehen erregende Aeußerung Kaiser Wilhelms im Lager von Krasnoje-Selo über sein Infanterie-Regiment Wyborg soll nun doch mißverstanden worden sein. Den „B. N. N." zufolge hätten die Worte gelautet: Er (der Kaiser) freue sich ebenso, wie wenn ein Regiment seiner Armee so glänzend bei der Besichtigung abschnitte, wie es heute das Regiment Wyborg gethan habe. —

— Der Entwurf einer neuen Konkursordnung, die infolge der Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches nöthig geworden ist, soll soeben der oberen Gerichtsbehörde zur Begutachtung vorgelegt worden sein. —

— Ueber einen Theil der bevorstehenden Verschiebungen im deutschen diplomatischen Dienst schreibt heute die „Nordd. Allg. Ztg.": „Wie wir hören, ist für den durch die Ernennung des Freiherrn v. Thielmann zum Staatssekretär des Reichsschatzamts erledigten Posten des Botschafters in Washington der bisherige preußische Gesandte in Stuttgart, Dr. v. Holleben, in Aussicht genommen. Den Gesandtenposten in Stuttgart wird der bisherige Gesandte in Lissabon, v. Derenthall, denjenigen in Lissabon der bisherige Gesandte in Weimar, Raschdau, erhalten. Für den letzteren Posten ist der bisherige Generalkonsul in Budapest, Legationsrath Prinz von Ratibor und Corvey, ausersehen. An stelle des Gesandten Freiherrn v. Gutschmid, welcher in den einstweiligen Ruhestand tritt, kommt nach Tokio der bisherige Gesandte in Bukarest Graf v. Leyden, welcher durch den bisherigen Gesandten in Stockholm, Grafen v. Bray-Steinburg ersetzt wird. Zum Gesandten in Stockholm ist der bisherige preußische Gesandte in Hamburg, Graf v. Wallwitz, zum Gesandten in Hamburg der bisherige Generalkonsul für Egypten, Gesandte Graf Wolff Metternich bestimmt.

Die interessante Frage, wer nach Rom als Botschafter des Deutschen Reiches kommt, wird nicht gestreift. —

— Freiherr v. Richthofen, der Direktor der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes, ist im Falle der Behinderung des Reichskanzlers mit dessen Vertretung in den Kommando-Angelegenheiten der kaiserlichen Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten beauftragt. —

— Ein Brief Friedrich Wilhelm IV., des größten Redners unter den preußischen Monarchen. Aus der Korrespondenz des Feldmarschalls v. Manteuffel, die so eigenthümliche Schicksale gehabt hat, treten wieder einige Briefe in dem neuesten Autographenkatalog von Leo Liepmannssohn an die Oeffentlichkeit.

Ein Brief Friedrich Wilhelm IV., d. d. Hinterberge Rüdersdorf, vom 18. September 1853, wird im Katalog, wie folgt, beschrieben:

„Sehr interessanter, theils politischer, Brief an General v. Manteuffel, der, wie es scheint, mit dem König eine Differenz gehabt hat: „Ich bin eigentlich ein harmloses (sic!) Creatur, aber ein sehr geplagtes und — ich habe Nerven. Wenn ich einen ganzen Morgen schon mit Nadeln gepiekt worden bin und ich in den wichtigsten Dingen des Momentes mit meinem auswärtigen Minister conferire und calculire, was des Kaisers Nicolas Zurückweisung der türkischen Note für Folgen haben wird, und es kommt Jemand und piekt mich wieder an . . ., so bäumen sich besagte meine Nerven und werden ungebührdig." —

— Vermehrung der Baugewerkschulen. Obschon in den letzten Jahren seitens der Staatsregierung die Errichtung neuer Baugewerkschulen, wie die „Berl. pol. Nachr." rühmen, aufs eifrigste gefördert ist und solche Schulen in den verschiedensten Gegenden der preußischen Monarchie errichtet wurden, so in Posen, Königsberg, Görlitz, Kassel, Münster und Barmen, ist doch die Zahl der Schüler, welche wegen Platzmangels von den preußischen Baugewerkschulen zurückgewiesen werden mußten, immer noch recht groß. Man wird deshalb darauf rechnen müssen, daß im nächsten preußischen Etat sich wiederum eine Summe zur Errichtung solcher Schulen vorfinden wird. Da für die Reihenfolge der Errichtung neuer Baugewerkschulen die Zahl der aus den einzelnen Provinzen zurückgewiesenen Schüler maßgebend ist, so würde, nachdem im laufenden Jahre die Rheinprovinz und Westfalen berücksichtigt worden sind, im nächsten die Provinz Brandenburg eine neue Schule erhalten müssen. —

— „Große öffentliche Versammlung"! Wie die „Berl. Pol. Nachr." hören, beabsichtigt die Abtheilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft demnächst eine große öffentliche Versammlung abzuhalten, in welcher die Flottenfrage besprochen werden soll.

Ueber die Größe der Versammlung werden wir nach ihrem Stattfinden berichten. —

— Vieseitige Offiziere, nicht blos a. D., wie Herr v. Podbielski, sondern auch aktive, besitzt unser Kriegsherr, wie wenigstens das folgende Inserat der „Vossischen Zeitung" zu beweisen scheint:

Zur Führung eines kaufmänn. Geschäftes sucht Besitzer (akt. höh. Offizier) gebildeten jüng. Kaufmann mit Firma. Offerten v. R. Postamt 7.

Kiel, 26. August. (Eig. Bericht.) Deutsche Spionenriecherei. Vor einigen Wochen wurde aus Sonderburg die Verhaftung eines muthmaßlichen französischen Offiziers gemeldet, der durch ein Angebot von 100 000 M. einen Unteroffizier zur Verschaffung eines Gewehres neuerer Konstruktion, das probeweise vom Sonderburger Bataillon benutzt wird, hat verleiten wollen. Jetzt veröffentlicht „Flensborg Avis", ein dänisches Blatt, einen Bericht in dieser Angelegenheit, nach welchem die Vaterlandswächter einen glänzenden Reinfall zu verzeichnen haben. Der Verhaftete ist ein Schlesier, namens Sydow, der vor etwa 12 Jahren einer längeren Gefängnißstrafe sich entzog und in der Welt herumwanderte. Sydow, welcher sehr fingerfertig ist, lebte davon, daß er die Restaurationen besuchte, wo er mit einem Messer auf Visitenkarten Namen, Blumen u. s. w. ausschnitt und hierdurch ganz gute Geschäfte machte. So kam er denn auch nach Sonderburg. Dort sah in einer Wirthschaft ein Unteroffizier ihm zu, wie er gerade Karten für die Frau eines Feldwebels fertig machte und Sydow meinte zu dem Unteroffizier, daß er gleich die Karten nach der Kaserne bringen wolle, worauf ihm die Antwort wurde, daß wegen der Ausrüstung der Truppe mit dem Versuchsgewehr niemand in die Kaserne hineinkäme. Scherzeshalber sagte nun der Schlesier: „Wenn ich nun aber 100 000 M. auf den Tisch lege, dann komme ich doch wohl hinein?" Die Aeußerung wurde weiter erzählt und bald darauf wurde Sydow verhaftet. Seiner Vergangenheit halber gab er an Schütz zu heißen, was man jedoch nicht glaubte. Der Major übersandte ihm einmal ein französisches Buch als Lektüre und obgleich der Schlesier kein Wort französisch konnte, bat er doch um ein französisches Werk über den deutsch-französischen Krieg, welches auch mit einiger Mühe herbeigeschafft wurde. Dieser Wunsch des Arrestanten stärkte den Verdacht, daß man einen französischen Offizier vor sich habe, trug aber auch zugleich mit dazu bei, daß er sehr zuvorkommend behandelt wurde. Sollte sich diese Vorstellung als in allen Punkten richtig herausstellen, dann dürften die betheiligten Personen allzuviel Ehre wohl nicht davontragen und brauchen für den Spott nicht zu sorgen. —

— Die polizeiliche Ueberwachung der Lehrervereine soll, wie der „Preuß. Lehrerztg." angeblich aus sicherer Quelle berichtet wird, im Regierungsbezirk Danzig allgemein durchgeführt werden, denn die Regierung rechne die Lehrervereine zu den Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen.

Die Stimmung der Lehrer gegen uns wird durch solche Maßregeln nicht verschlechtert. —

— Wegen Beamtenbeleidigung soll sich demnächst der frühere Staatsminister, jetzige Oberpräsident von Köller, vor Gericht zu verantworten haben. Herr v. K., welcher mit dem Mittagszuge aus Stettin in Belgard ankam, war vermuthlich der Meinung, daß der Zug auf dieser Station, wie dies früher thatsächlich geschah, 25 Minuten sich aufhalte, weshalb er sich ein Frühstück bestellte. Der bedienende Kellner bedeutete hierauf dem ihm unbekannten Gast, sofern dieser nach Kreiberg weiterreisen wolle, müsse er sofort einsteigen, da der Zug bereits abgeläutet habe. Diese wohlgemeinte Bemerkung soll nun Herr v. K. mit einer sehr deutlichen Abweisung beantwortet haben, was auch noch einen Wortwechsel mit der Bahnhofswirthin herbeiführte. Da der Zug inzwischen abgefahren war, begab sich Herr v. K. auf den Bahnsteig und suchte den Stationsvorsteher auf, mit dem er gleichfalls in einen Wortstreit gerieth, wobei von seiten des Oberpräsidenten beleidigende Aeußerungen gefallen sein sollen. Auf die Frage des Stationsbeamten, wer er, der Fremde, eigentlich sei, erwiderte dieser: „Ich bin der Sekretär des Ministers v. Köller. Da ihm dies nicht geglaubt wurde, führte der Stationsvorsteher den Fremden in sein Bureau und hier legitimirte sich der letztere nunmehr als der Minister a. D. Matthias v. Köller. — Der Stationsvorsteher soll bereits gegen den angeblichen Beleidiger Strafantrag gestellt haben.

Wir fürchten, daß Herr Thielen seinen Untergebenen zur Zurücknahme der Klage veranlaßt.

Herr v. Köller's Vertheidigungsrede gegen die Anklage wegen Beamtenbeleidigung möchten wir unseren Lesern im stenographischen Wortlaute mittheilen. —

Dresden, 26. August. (Eig. Ber.) Zur Landtagswahl. Für den 10. ländlichen Wahlkreis (Dresden-Altstadt, Amtshauptmannschaft) ist jetzt von seiten der deutsch-sozialen Reformpartei der Fabrikant Altmann in Cotta bei Dresden als Kandidat aufgestellt worden. Nach Angaben der „Deutschen Wacht" ist Altmann Gegner des Dreiklassen-Wahlsystems.

Für die erste Kammer hat jetzt im Meißener Kreise infolge Ablebens des seitherigen Vertreters eine Nachwahl stattzufinden.

Gotha, 26. August. (Eig. Ber.) Der dem Landtage versprochene Abschuß des Wildes hat begonnen. Der Herzog vergnügt sich mit einigen Sprossen deutscher Fürstenhäuser und dem bekannten Oberjägermeister v. Trütschler bei der Jagd. Wer aber geglaubt hat, daß ein Abschuß nach den Wünschen der Bevölkerung d. h. eine Dezimirung des großen Wildstandes stattfinde, der ist arg enttäuscht. Bis jetzt sind auf drei Jagden kaum zwei Dutzend Hirsche geschossen. Uns kann dies recht sein, an stelle der Abneigung gegen das jetzige Regiment wird die Erbitterung treten und den Herren doch zeigen, daß es bald höchste Zeit sein wird, vernünftig einzulenken. Um die Murrenden zu befriedigen, wird jetzt versichert, es sollten noch von den ca. 4000 Hirschen 250 Mutterwild geschossen werden. Abgesehen davon, daß diese Zahl höchst ungenügend ist, ist man hier, gewitzigt durch die Erfahrung, sehr mißtrauisch geworden. Bei dem Antritt seiner Regierung erklärte der deutscher Bundesfürst und Herzog gewordene englische Prinz, daß er echt konstitutionell regieren wolle; der damalige Landtag votirte ihm sogar dafür eine Dankadresse.

Als englischer Admiral und Prinz, heirathete Alfred eine russische Großfürstin, eine höchst resolute Dame. Wir wissen nicht, welchen Einfluß die Frau Herzogin in politischer Beziehung auf ihren Gemahl übt, oder ob sie überhaupt solchen übt, der gothaische Konstitutionalismus riecht aber theilweise nach russischem Juchten. Die Sozialdemokraten haben dadurch Gelegenheit, bei der nächsten Tagung wieder vom Leder zu ziehen.

Die thüringische Lotterie, die ihren Hauptsitz in Gotha erhalten hat, wird mit Januar 1898 eröffnet.

Die Regierungen der thüringischen Staaten wollen die durch das Bürgerliche Gesetzbuch sich nothwendig machenden Aenderungen der Landesgesetze und Einrichtungen gemeinsam und einheitlich regeln, ein Vorgehen, dem wir nur zustimmen können. Noch besser wäre es auf jeden Fall, wenn sämmtliche Bundesregierungen auch in dieser Frage, soweit thunlich, einheitlich vorgingen. —

— Das badische Ministerium des Innern hat die Handelskammern aufgefordert, ihre Wünsche zur Erneuerung des deutsch-englischen Handelsvertrages kund zu thun. Demgemäß haben die Handelskammern an die Interessenten Rundschreiben erlassen. —

Oesterreich.

— Die parlamentarische Kommission der Rechten, die Exekution der Majorität des österreichischen Abgeordnetenhauses, tritt am 1. September in Wien zusammen. —

Wien, 26. August. Die hiesigen Blätter melden aus Prag: Eine für kommenden Sonntag nach Lipan einberufene czechische Versammlung wurde von der Bezirkshauptmannschaft Böhmisch-Brod mit der Begründung untersagt, daß die Veranstalter derselben eine Bürgschaft für Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nicht zu bieten vermögen und überdies diese Kundgebungen nicht geeignet seien, in der jetzigen erregten Zeit zur Beruhigung der Gemüther beizutragen.

Auch das Verbot wird nicht zur Beruhigung der Gemüther, sondern nur zum Gegentheil beitragen. —

Frankreich.

Paris, 25. August. Ministerpräsident Meline empfing gestern Abordnungen des Generalraths der Seine und des Stadtraths von Paris, welche das Steigen der Getreidepreise zur Sprache brachten. Meline erklärte, er werde diese Frage dem Ministerrathe unterbreiten und nicht zögern, die Getreidezölle herabzusetzen für den Fall, daß die Hausse eine ernste und nicht auf Spekulationen zurückzuführen sein sollte; die Frage müsse aber reiflich erwogen werden. Unter den Mitteln, welche die Regierung zur Bekämpfung der Getreidehausse ins Auge gefaßt habe, befinde sich vornehmlich die Ermäßigung des Frachttarifs, um einen billigen Transport von den Erzeugungszentren nach den Verbrauchszentren zu ermöglichen.

Eine Versammlung von Deputirten des Seine-Departements hat den Ministerpräsidenten in seinem offenen Briefe aufgefordert, die Getreidezölle derart zu ermäßigen, daß der Preis des Getreides auf 25 Franks herabgesetzt wird.

Der Ministerrath entschied heute, daß, für jetzt wenigstens, kein Grund vorliege, die Einfuhrzölle auf Getreide abzuändern. — Im weiteren Verlaufe seiner Berathungen beschloß der Ministerrath, die Frage betreffend die Getreidezölle in seiner nächsten Sitzung, die am 1. September im Elysee stattfinden soll, zu berathen. —

Niederlande.

Amsterdam, 24. August. (Eig. Ber.) Genosse Van Kol ist in Enschede gewählt mit 4333 Stimmen gegen 3076 Stimmen, welche auf den römisch-katholischen Kandidat fielen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat also jetzt für die kommenden vier Jahre ihre zwei Vertreter in den holländischen General-Staaten. Möge ihre parlamentarische Arbeit mitwirken zur Aufklärung sowohl der im Versöhnungsdusel als der in anarchistischer Apathie verwirrten Proletarier.

England.

London, 26. August. (Eig. Ber.) Der Verlauf des gestern, Sonntag, abgehaltenen Protestmeetings auf Trafalgar Square gegen die Behandlung der spanischen Anarchisten im Gefängniß zu Montjuich ist vor allem ein charakteristischer Beitrag zur Praxis des Versammlungsrechts in England. Das Meeting war sehr zahlreich besucht, der weite viele Tausende fassende Platz fast völlig besetzt, aber es zeigte sich bald, daß neben vielen Neugierigen auch eine Anzahl von Leuten gekommen waren, die ziemlich große Lust hatte, das Meeting zu sprengen. Das Vergnügen wurde ihnen aber durch die Polizei, die mit dem Meeting selbst gewiß wenig Sympathie hatte, vom ersten Augenblick an verdorben. Diese schritt gegen einige Personen, die Störungsversuche machten, gleich anfangs so energisch ein, daß alle weiteren Unterbrechungen bis zum Schluß unterblieben. Nur nach beendetem Meeting zeigten verschiedene Leute große Lust, an den Rednern und den bekannten Komiteemitgliedern ihr Mäthchen zu kühlen, aber auch hier sorgte die Polizei dafür, daß es zu keinen nennenswerthen Zusammenstößen kam. Gegen die Protest-Resolution erhoben sich nur wenige Stimmen.

Von den Rednern, die am Meeting sprachen, seien Ed. Aveling und W. Barwick von der sozialdemokratischen Föderation, Peter Curran und Paul Campbell von der Independent Labour Party, der Freidenker E. Footeg, der Tolstoist J. Kenworthy, sowie der Anarchist J. Turner, Sekretär des Vereins der Handlungsgehilfen, genannt. Auch zwei der in Untersuchungshaft gewesenen Spanier, Senor Francisko Gana und Senora Teresa Clairamunt, traten als Redner auf. Zustimmungsbriefe hatten unter anderen der Professor Beesley, der Humanitarier Henry Salt, der christlich-soziale Stewart Headlam, ein streng konservativer Geistlicher der Staatskirche, Dr. Macdonald, und verschiedene bekanntere Sozialisten und Arbeiterführer geschickt. Die meisten Redner beschränkten sich darauf, die Vergewaltigung politischer Gefangener zu brandmarken, von einem Versuch, dem Meeting einen Parteicharakter oder den Stempel einer anarchistischen Demonstration aufzudrücken, war nicht die Rede. —

Norwegen.

Christiania, 26. August. Nach dem Ausfall der Wahlmänner-Wahlen für die Storthingwahl wird die Linke voraussichtlich die beiden Sitze des Amts Finnmarken gewinnen. —

Spanien.

Madrid, 26. August. Der Vertreter Don Carlos' reist nach Luzern zum Kronprätendenten, um mit diesem zu konferiren. 10 000 Gewehre sind in der Nähe von Valencia abgesetzt worden. Man befürchtet, daß die Anhänger Don Carlos' einen Handstreich planen.

— Petroleummonopol in Spanien. Das Amtsblatt der spanischen Regierung publizirt nunmehr die Bedingungen, unter welchen das Monopol auf Petroleum und andere Mineralöle vergeben werden soll. Das Monopol wird auf einen Zeitraum von 20 Jahren gegen eine Jahrespacht von mindestens 20 Millionen Pesetas (zirka 16 Millionen Mark) ertheilt werden. —

Türkei.

Konstantinopel, 25. August. Gestern gaben zwei Armenierinnen, von denen die eine russische Unterthanin ist, auf der russischen und auf der französischen Botschaft Briefe des Hintschak-Komitees ab, in welchen die letzten den Botschaftern übergebenen Denkschriften für falsch erklärt werden. Das Hintschak-Komitee sei an den letzten Attentaten nicht betheiligt, es wolle abwarten, ob die Reformen ausgeführt werden. Bei der Abgabe des Briefes auf der italienischen Botschaft (!) wurden die beiden Armenierinnen verhaftet.

Die Polizei ist der Ansicht, daß die beiden gestern in Pera verhafteten Armenier die Anführer bei den letzten Attentaten gewesen sind.

Der Minister des Aeußern Tewfik Pascha stattete gestern allen Botschaftern Besuche ab, um auf Beschleunigung des Abschlusses der Verhandlungen hinzuwirken. (!!)

Konstantinopel, 25. August. Das Schiff der freiwilligen Flotte „Orel" passirte, mit Soldaten und Auswanderern an Bord, auf der Fahrt nach Wladiwostok den Bosporus.

Die Schiffe der freiwilligen Flotte sind bekanntlich verkappte Kriegsschiffe. Für den steigenden Einfluß Rußlands spricht es, daß diese Schiffe nun trotz des für Kriegsschiffe geltenden Verbotes des Passirens der Dardanellen, diese mit Soldaten und Kanonen ruhig durchfahren. Einmal beschießt noch so ein Schiff den Palast des Sultans! —

Griechenland.

Athen, 25. August. Die Deputirtenkammer ist zum Sonnabend einberufen, um einen Gesetzentwurf über die Rosinenproduktion zu berathen. Die Kammer wird sich nur mit dieser Frage beschäftigen.

Selbstverständlich glaubt dies kein Mensch, das Ministerium braucht die Kammer um ihrer Haltung bei den Friedensverhandlungen Nachdruck zu geben. —

Wohl im Zusammenhange mit der Einberufung der griechischen Kammern steht die folgende Mittheilung aus Konstantinopel: Dem Vernehmen nach hat die Pforte die Botschafter davon verständigt, daß, wenn die Friedensverhandlungen nicht bald definitiv abgeschlossen werden, sie in direkte Verhandlungen mit der griechischen Regierung eintreten werde. —

Asien.

— Der englische Agent in Kabul berichtet: Der Emir verlas in einem am 17. d. Mts. abgehaltenen Durbar, der stark besucht war, einen Brief des Vizekönigs von Indien, in welchem letzterer den Emir ersucht, seine Unterthanen von einer Betheiligung an den Unruhen, welche an der Grenze stattfinden, abzuhalten. Nach Verlesung des Briefes schwor der Emir feierlich, daß er stets freundliche Beziehungen zu der englischen Regierung unterhalten habe, und gab dann den Entwurf seines Antwortschreibens bekannt. —

Die Engländer wird dieses Antwortschreiben über friedliche Haltung Afghanistans nicht im mindesten beruhigen. —

Aus Bombay wird gemeldet, daß Banden Afridi's gegen Jamrud marschiren und daß der Engpaß Khyber in ihren Händen sei. —

Partei-Nachrichten.

Die Wahlagitation in der West-Prieguitz beginnt erst und schon wird unserer Partei gegenüber flott das Geschäft der Saalabtreiberei praktizirt. In Lenzen, wo der Kandidat unserer Partei, Genosse Hintze, kürzlich Sonntags sprechen sollte, erklärte der Wirth Tags vorher, daß er den Saal nicht hergebe. Am kommenden Sonntag sollte in Putlitz eine Versammlung abgehalten werden, auch da erklärt jetzt der Wirth, daß keine Versammlung bei ihm tagen könne. In den mehr als hundert Orten des Kreises haben unsere Genossen nur ein Lokal und zwar in Wittenberge.

Die Mannheimer „Volksstimme" beginnt am 28. August mit dem Umzuge ihrer Druckerei nach ihrem Hause R 3, 14, weshalb die „Volksstimme" kurze Zeit in einer anderen Druckerei in verändertem Format hergestellt werden muß.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Das Schöffengericht in Hannover verurtheilte den Parteigenossen H. Meister zu 20 M. Geldstrafe, weil er in seiner Eigenschaft als Verleger des „Volkswillen" nicht dafür Sorge getragen habe, daß aus Form und Inhalt des Blattes genau ersichtlich war, welcher der beiden Redakteure seinerzeit für den Artikel „Herrn von Egidy's neues Evangelium" verantwortlich war. Die Sache ist ein Nachspiel der im Vorjahre gegen die beiden Redakteure Rauch und Thielhorn wegen derselben Angelegenheit anhängig gewesenen Prozesse. Das Verfahren wurde damals gegen Genossen Meister wegen dessen Eigenschaft als Reichstags-Abgeordneter ausgesetzt.

— Der Parteigenosse Leopold in Halle a. S. hat, wie das „Volksblatt" mittheilt, sein Brotpapier, das aus der Hälfte einer Volksblatt-Nummer bestand, auf die Hecke geworfen, mit welcher die Dachpappenfabrik von Büscher u. Hoffmann zu Büschdorf umgeben ist. Jetzt hat Leopold eine Anklage wegen Verletzung der §§ 10 und 11 des alten preußischen Preßgesetzes erhalten, weil er Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß öffentlich angeheftet habe. Am 4. September muß der Uebelthäter vor's Schöffengericht.

— Das sächsische Ministerium des Innern hat seinerzeit in einer Beschwerde gegen die Zwickauer Kreishauptmannschaft entschieden, daß die Polizeibehörden nicht das Recht haben, bei der Anmeldung von Versammlungen von den Einberufern zu verlangen, daß diese die Referenten namhaft machen. Da es in Sachsen einen Verwaltungsgerichtshof nicht giebt, ist das Ministerium in dergleichen Sachen die letzte Instanz. Entgegen der eben erwähnten Entscheidung hat nun in Reichenbach i. V. der Vertreter der Polizeibehörde, ein Dr. Krippendorf, von dem Einberufer einer Volksversammlung verlangt, daß dieser den Referenten nennen solle. Da ist doch wohl die Frage berechtigt: Wer regiert denn eigentlich in Sachsen?

— In Aue i. V. stellte der Parteigenosse Hermann Müller dem Volksbildungsverein ein Zimmer seiner Wohnung zu einer Vereinsversammlung zur Verfügung, da der Verein kein Lokal zu Versammlungen bekommen kann. Der Stadtrath verbot aber die Versammlung, weil die „Fußbodenkonstruktion in Wohnhäusern eine leichtere ist, als die in öffentlichen Lokalen und deshalb ein Zusammenbrechen der Decke, falls eine Anzahl Personen sich einfinden würde, eintreten könnte". Diese zarte Rücksicht auf Leib und Leben der ††† Sozi ist um so rührender, als in demselben Hause, wo unser Genosse Müller wohnt, die Baptisten ihre Betstunden abhalten dürfen.

— In Straßburg i. E. wurde eine Versammlung, wo unser Parteigenosse Böhle, Mitglied des Bezirkstags, über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung sprechen sollte, von der Polizei ohne Angabe von Gründen verboten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Maurer besprachen in einer öffentlichen Versammlung die Arbeitsniederlegung auf dem Bau der städtischen Gasanstalt in der Fichtestraße. Angenommen wurde eine Resolution, die sich gegen das Submissionswesen ausspricht und die Parteinahme des Direktors und des Stadtraths Namslau kritisirt. Diese Herren hatten infolge des ausgebrochenen Streiks den betreffenden Baumeister von seinen Verpflichtungen entbunden.

Die Differenzen der Vergolderinnen bei der Firma Werkmeister, Schmidstraße, waren zwar beigelegt; da aber der Firmeninhaber seine Versprechungen nicht hält, dürfte es bald wieder zur Arbeitsniederlegung kommen. Eine öffentliche Versammlung der Vergolder und Vergolderinnen, die am Montag, den 30. August im großen Saale der Arminhallen abgehalten werden wird, soll über die weitere Haltung dem Fabrikanten gegenüber entscheiden.

Achtung, Korbmacher! In der Korbwaaren-Fabrik von Schlesinger, Jakobstr. 5, sind die Differenzen beigelegt. Bei der Firma Schmidt u. Ko., Krautstr. 6, ist der geforderte Lohnzuschlag bewilligt worden. Der Vorstand.

Ein neues Zugmittel, ihren Arbeitsnachweis in die Höhe zu bringen, haben die Bau-, Maurer- und Zimmermeister gefunden. Im Lokale dieses Innungsnachweises in der Kommandantenstraße wurden gestern an rauchlustige Arbeitslose Zigaretten vertheilt. Auch der Hunger sollte in dieser Stätte der „Nächstenliebe" gestillt werden. Es wurden trockene Stullen vertheilt. Ob das freilich den Nachweis in die Höhe bringen wird, ist mehr als zweifelhaft. Diese Sorte „Mildthätigkeit" soll wohl überhaupt nur bezwecken, einige Dutzend Renommage-Arbeitslose an den Nachweis zu fesseln, um sagen zu können, es seien genug Arbeitslose zu ihrer Verfügung. Daß die Kerntruppen der Bauarbeiter den Arbeitsnachweis meiden, sodaß dort tüchtige Kräfte nicht zu haben sind, ist von uns bereits betont worden.

Die Bautischlerei von Magdeburg in Friedrichshagen ist wegen Maßregelung bis auf weiteres gesperrt. Man hofft eine Einigung in bälde herbeizuführen.

Deutsches Reich.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1896. Der soeben erschienene Jahresbericht der Generalkommission, den wir in einer der nächsten Nummern veröffentlichen werden, stellt fest, daß die Gewerkschaften im vorigen Jahre den bisher höchsten Mitgliederstand erreichten und daß nach dem, was bis jetzt über die Entwicklung der Organisationen bekannt ist, auch im Jahre 1897 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen sein wird.

Am Schluß des Jahres 1895 bestanden 50 Zentralverbände. Von diesen hat sich der Verband der Korbmacher dem Holzarbeiterverbande, der Verband süddeutscher Müller dem Müllerverbande und der Verband der Seiler dem Textilarbeiter-Verbande angeschlossen. Neu gegründet wurden die Verbände der Gasarbeiter und der Werftarbeiter, so daß 1896 am Schluß des Jahres 49 Verbände bestanden. Für das laufende Jahr sind jedoch wieder Aenderungen in dem Bestand der Organisationen eingetreten und Verbände gegründet worden der Eisenbahner, Graveure, Handelshilfsarbeiter und Handlungsgehilfen.

Soweit die Generalkommission ermitteln konnte, beziehentlich soweit ihr Angaben gemacht wurden, betrug bei den Zentralverbänden die Zahl der Mitglieder insgesammt 322 896 Personen, was 5,73 pCt. der in den betr. Gewerben beschäftigten 5 637 318 Personen bedeutet. Unter den Mitgliedern befanden sich 12 265 Arbeiterinnen = 1,42 pCt. der beschäftigten Arbeiterinnen. Das Prozentverhältniß der organisirten Arbeiter betrug 6,44. Außerdem sind noch 5858 Arbeiter in Lokalvereinen organisirt. Die Jahreseinnahme für Vereinszwecke betrug bei den Verbänden zusammen 3 563 877 M., die Jahresausgabe 3 285 878 M., der Kassenbestand 2 309 745 M. Von den auf grund des Vertrauensmänner-Systems zentralisirten Organisationen sind die der Gastwirthsgehilfen und der Handels-Hilfsarbeiter genannt; erstere mit 1554 Mitgliedern (von 258 152 Beschäftigten), 15 829 M. Einnahme, 14 824 M. Ausgabe und 1005 M. Kassenbestand; letztere mit 4780 Mitgliedern (von 175 336 Beschäftigten), 36 736 M. Einnahme, 23 809 M. Ausgabe und 12 927 M. Kassenbestand.

Für Streiks wurden von allen diesen Organisationen zusammen 860 985 M. im eigenen Beruf und 83 386 M. zur Unterstützung kämpfender Arbeiter anderer Berufe ausgegeben. Die übrigen Ausgaben vertheilen sich wie folgt: Rechtsschutz 18 349 M., Gemaßregelten-Unterstützung 37 346 M., Reise-Unterstützung 310 000 M., Arbeitslosen-Unterstützung 243 201 M., Kranken-Unterstützung 430 038 M., Invaliden-Unterstützung 57 947 M. Sterbegeld, Umzugskosten und Hilfe bei besonderen Nothfällen 53 837 M., Verwaltungskosten: Gehälter 93 784 M., Verwaltungsmaterial 93 815 M., Konferenzen und Generalversammlungen 62 984 M., Beitrag an die Generalkommission 37 011 M., Prozeßkosten 4787 M.; sonstige Ausgaben 68 889 M. Den Zahlstellen verblieben von den Beiträgen 422 061 M.

Auf Vollständigkeit machen alle diese Angaben natürlich keinen Anspruch; immerhin genügen sie, um zu zeigen, daß die deutschen Gewerkschaften bereits respektables leisten.

Ueber den Stettiner Tischlerstreik wird uns geschrieben: Die im vorigen Bericht ausgesprochene Hoffnung auf Beendigung des Streiks hat sich nicht erfüllt. In der öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung am Dienstag berichtete die Lohnkommission, daß in der nächsten Woche nur noch 88 Verheirathete mit 56 Kindern und zwei Ledige zu unterstützen sind. Weiter wurde mitgetheilt, daß am Freitag voriger Woche eine Versammlung von Vorstandsmitgliedern und Werkstatt-Vertrauensmännern beschlossen hat, die Fortführung des Streiks zu empfehlen. Es unterliege keinem Zweifel, daß in den 18 Wochen des Streiks sich die Arbeiten angehäuft hätten und berechtigte Aussicht vorhanden sei, noch die letzten Streikenden in Arbeit zu bringen. Verschwiegen dürfe aber nicht bleiben, daß es eine Anzahl Streikbrecher gäbe und Zuzug zu verzeichnen sei. Dazu komme, daß in nächster Zeit vom Bulkan 100—150 Tischler entlassen würden und sich dann die Situation zu ungunsten der Streikenden verschlechtern werde. Der Hauptvorstand empfehle die Aufhebung des Streiks ganz dringend. Die Versammlung beschloß aber trotzdem die Fortführung des Streiks. Es waren 92 Stimmen dafür und 6 dagegen. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

In der Bergedorfer Stuhlrohr-Fabrik dauert der Ausstand noch immer fort. Herr Sieverts hat weitere Verhandlungen abgelehnt. Etwa ein Drittel der Streikenden wollte er nach Maßgabe der eingehenden Meldungen wieder einstellen. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein, sie beschlossen, weiter zu streiken. Wie sehr gerechtfertigt die Forderungen der Ausständigen sein mögen, geht wohl am besten aus der Thatsache hervor, daß Herr Meyer, Besitzer einer Stuhlrohr-Fabrik in Harburg, auf Anzapfungen der bürgerlichen Presse öffentlich zugegeben hat, daß bei ihm Streikende der Bergedorfer Fabrik Beschäftigung fanden und daß ihm eine Boykottirung derselben als eine Ungerechtigkeit erscheine, da er deren Unzufriedenheit für eine vollkommen berechtigte halte.

Aus Leipzig. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung wurde vom Schöffengericht der Maurer Edmund Göhring unter Anrechnung von 4 Tagen der über ihn wegen Flucht- und Kollisionsverdachtes verhängten Untersuchungshaft, zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Im Bureau der Streikenden hatte G. zu dem Maurer Friedrich Ernst Kotzsch aus Drewitz-Ellmen, der nach Dessau abzureisen versprochen hatte, sich aber dennoch zur Arbeit begeben wollte, erklärt: Du mußt auf jeden Fall abreisen, eher bekommst Du Dein Zeug nicht! und als K. ihm sagte, daß er seinen Onkel in Möckern besuchen und sein Zeug mitnehmen wollte, bemerkte: Du läßt Dein Zeug hier, Dir ist nicht zu trauen, denn Du nimmst die Arbeit wieder auf.

Ueber den Maurerstreik wird uns geschrieben: In der Versammlung am Donnerstag wurde mitgetheilt, daß drei Unternehmer bewilligt haben und die Innungsmeister den Unternehmern, die die Forderungen bewilligten, das Leben dadurch schwer machen, daß sie sich hinter die Baubanken stecken und sie veranlassen, keine Bangelder mehr vorzuschießen. Weiter wollen die Unternehmer veranlassen, daß die Maurer, die zu den neuen Forderungen arbeiten, entlassen werden. Sie spekuliren darauf, daß dann die Mittel der Streikenden bald ausgehen und dadurch der Streik beendet werde. Bis jetzt ist aber der Liebe Müh umsonst gewesen, sie irren auch, wenn sie glauben, daß der Streik aus finanzieller Noth scheitern sollte. Die Leipziger Arbeiterschaft hat sich hinter die streikenden Maurer gestellt und Freitag findet wieder eine große Volksversammlung statt, die sich mit dem Maurerstreik befassen wird.

In Aschaffenburg hat ein Theil der Tischler die Arbeit eingestellt.

Ausland.

In Wien droht der Feilenhauerstreik, der sich vorläufig auf einige Firmen erstreckt, ein allgemeiner zu werden. Die Arbeiter verlangen vor allem die Zurücknahme der Maßregelung ihrer Vertrauensleute.

Die Budapester Maurermeister sollen gewillt sein, ihren Arbeitern Zugeständnisse zu machen, so daß Aussicht auf baldige Beilegung des Kampfes vorhanden ist.

Christiania, 26. August. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Hier ist ein Streik der Malergehilfen zum Ausbruch gekommen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Streik der Florentiner Strohhutflechterinnen. Man schreibt uns: Das Streikfeuer unter den armen Strohhutflechterinnen in Florenz, Signa, Empoli, Lastra und Porto di Mezzo, das, dem Anscheine nach, bereits völlig erstickt war, lodert wieder empor, und zwar mächtiger als je zuvor. Nichts, absolut nichts, ist bis jetzt gethan worden, um die jeder Beschreibung spottende elende Lage der Arbeiterinnen zu bessern und die Ursachen des Streiks, auf grund der im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen, zu beseitigen. Damals hatte das Ministerium eine Kommission ernannt, die Mittel zur Aufbesserung der Lage der Flechterinnen in Vorschlag bringen sollte. Wie das in solchen Fällen immer geschieht, dachte die gelehrte Kommission an alles andere, nur nicht an die nächstliegenden Mittel: man hätte der von Japan kommenden Konkurrenz die Stirne bieten und die Einmischung der „Zwischenmeister", die die Arbeiterinnen auf das schamloseste ausbeuten, untersagen müssen. Das Elend unter den Flechterinnen ist geradezu haarsträubend; die Arbeiterinnen ziehen mit ihren Säuglingen an der Brust durch die Straßen und betteln an den Thüren der Wohlhabenden um ein Stückchen Brot. Sie verlangen von ihren Arbeitgebern nichts weiter, als daß die Arbeit nach Recht und Billigkeit vertheilt und die Hungerlöhne um ein geringes erhöht werden. Besonders erbittert sind die Arbeiterinnen darüber, daß auch reiche Bäuerinnen in den Mußestunden sich mit der Strohflechterei beschäftigen und den Aermsten der Armen das Brot aus dem Munde nehmen. Für einen Hut mit 13 Flechtreihen zahlen die „Zwischenmeister" jetzt acht bis zehn Pfennige. Die Flechterinnen verlangen nun einen Aufschlag von acht Pfennigen für jeden Hut. Die Agitation erfaßt immer weitere Kreise, aber Ruhestörungen sind bis jetzt nirgends vorgekommen. Trotzdem werden Truppen im Streikgebiet zusammengezogen, um im geeigneten Moment „eingreifen" zu können.

Versammlungen.

Eine von den Tarifgemeinschaftsgegnern einberufene Versammlung von Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker beschäftigte sich am Mittwoch Abend in den Arminhallen mit der vom Zentralvorstand angeordneten Urabstimmung über den Ausschluß der sogenannten Opposition. Den Vorsitz führte Kitzler, das Referat hielt Arendsee. Er führte aus, es sei ein von beinahe 300 Verbandsmitgliedern unterschriebener Antrag auf Anberaumung einer neuen außerordentlichen Vereinsversammlung beim Vorstand eingereicht worden, diesem Antrag sei jedoch in statutwidriger Weise keine Folge gegeben und darum die gegenwärtige Versammlung einberufen worden.

In der Versammlung vom Sonntag, den 8. August sei es zu keiner ordnungsmäßigen Abstimmung gekommen. Diese müsse daher wiederholt werden. Die Urabstimmung sei aber nicht statutgemäß. Was die Tarifgemeinschaft anlange, so seien die jetzigen Opponenten in dieser Frage lediglich auf demjenigen Boden stehen geblieben, auf dem auch die Vorstandsmitglieder laut den Auslassungen in früheren Jahresberichten früher gestanden haben. Diese haben aber jetzt ihre Meinung gewechselt. Döblin antichambrire bei den National-Sozialen und sei Mitglied des Vereins für Sozialpolitik. Man müsse sich dagegen verwahren, daß er die Lehren, die er aus diesen Kreisen mitbringe, in die Buchdruckerbewegung hineintrage. Jene Kreise wollen die Gewerkschaften benutzen, um der Sozialdemokratie in den Rücken zu fallen, und Döblin habe in einem Brief an Professor Brentano geschrieben, daß er den sozialdemokratischen Strömungen im Buchdruckerverband entgegenzuarbeiten habe. Der Vorstand bemühe sich jetzt, durch die Urabstimmung die volle Macht über die Mitglieder zu bekommen, sodaß dann niemand, der eine eigene Meinung habe, mehr vor dem Ausschluß und dem Verlust der durch langjährige Beitragszahlung erworbenen Rechte sicher sei. Bei der Urabstimmung seien alle indifferenten Verbandsmitglieder betheiligt, die sich sonst jahrelang um nichts kümmern, und die Siegeszuversicht des Vorstandes sei deshalb berechtigt. Dagegen würde er in einer neuen Versammlung eine Niederlage erleiden, wie er sie auch in der vorigen erlitten habe. Trotzdem dürfe sich die Opposition der wenn auch statutwidrigen Urabstimmung nicht fern halten, um das Resultat derselben möglichst zu beeinflussen. Der Redner beantragt folgende Resolution:

„Die am 25. August 1897 im großen Saale der Arminhallen versammelten zirka 400 Mitglieder des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer protestiren 1. gegen das statutenwidrige Verfahren des Gauvorstandes; 2. gegen den Mißbrauch, der seitens des Gauvorstandes mit der Vertrauensmänner-Institution getrieben wird, die Vertrauensmänner nicht für berechtigt haltend, irgend welche bindenden Abstimmungen vorzunehmen; 3. gegen die Ausschreibung einer Urabstimmung seitens des Zentralvorstandes als dem Sinne des Statuts widersprechend, — verlangen vielmehr von allen Verbandsfunktionären strikte Befolgung der bestehenden statutarischen Vorschriften."

In der Diskussion bemerkt Labjuhn, daß keinem einzigen Anhänger der Opposition ein Verstoß gegen die Interessen des Verbandes nachzuweisen sei und begründet die hauptsächlichen Forderungen der Opposition: 1. Wiederaufnahme sämmtlicher in dieser Angelegenheit ausgeschlossenen Mitglieder, 2. Einsetzung einer Preßkommission beim „Korrespondent" und 3. Zurücktritt des Zentralvorsitzenden Döblin, der die eigentliche Triebfeder der Hetze gegen die Opposition sei. Zum Schluß fordert er auf, überall dafür zu agitiren, daß in der Urabstimmung mit „Nein" gestimmt werde. Es dürfe nicht der Grundsatz aufkommen, „Wer eine eigene Meinung hat, fliegt hinaus." — Rosenthal wendet sich u. a. gegen den Beschluß der Berliner Vertrauensmänner, die sich auf die Aufgaben beschränken sollen, zu denen sie bestellt seien. Bezüglich der Tarifgemeinschaft meint er, wenn sie nicht beschlossen sei, so würden die Buchdrucker heute schon mehr erreicht haben, als darin garantirt sei. — C. Schmidt meint, die Prinzipale hätten ganz genau gewußt, daß sich mit der Annahme der Tarifgemeinschaft die Gehilfenschaft in zwei Parteien spalten werde, sodaß diese sich untereinander befehden, die Interessenvertretung der Gehilfen gegenüber den Prinzipalen aber zurücktreten werde. Nachdem einmal die Dummheit mit der Tarifgemeinschaft gemacht sei, sollte sich der Vorstand vor der neuen Dummheit hüten, durch neue Ausschlüsse die Streitigkeiten immer wieder anzufachen. Dies müsse schließlich zu einer wirklichen Spaltung der Buchdrucker führen. — Schall behauptet, daß die Urabstimmung in diesem Fall keine demokratische Handlung sei, weil die in unsicheren Stellungen befindlichen Gehilfen so stimmen würden, wie es der Vertrauensmann in den Offizinen wünscht. Der Gegensatz zwischen den Tarifgemeinschaftsanhängern und der Opposition beruhe im grunde zwischen den in festen, guten Stellungen befindlichen und den in unsichern Stellungen oder in Arbeitslosigkeit befindlichen Gehilfen. — Kitzler erklärt, daß Döblin schon oft gegen eine ihm opponirende Mehrheit gesprochen habe und auch in der Versammlung vom 8. August nicht hätte zurücktreten brauchen. Die vom Redner damals vorgebrachten Beweise der statutwidrigen Handlungen des Vorstandes seien aber so erdrückend gewesen, daß Döblin nichts Sachliches zu erwidern gewußt und gern die Gelegenheit zum Abtreten ergriffen habe. — Der frühere § 7 und jetzige § 5 des Statuts sei ausdrücklich gegen Streikbrecher geschaffen worden, und bei der Berathung dieser Paragraphen, die der Vorstand jetzt für seine Zwecke ausbeute, hätte es niemand für möglich gehalten, daß sie einmal gegen solche Mitglieder würden benutzt werden, die dem Verbande stets treu gedient haben. In statutwidriger Form seien ferner die bekannten Ausschlüsse vorgenommen worden, statutwidrig sei jetzt die Nichteinberufung der beantragten Versammlung und ebenso die Urabstimmung. Auf solche Vorwürfe habe der Vorstand aber noch niemals sachlich erwidert. Die Aufgabe eines Vereinsvorstandes sei es sonst, etwaige Gegensätze im Verein zu überbrücken; im Buchdruckerverband sei es aber gerade der Vorstand, der hetze. — Nachdem noch Teufert gegen die einzelnen Sätze des vom Vorstand ausgehenden Flugblattes polemisirt hat und nach einem kurzen Schlußwort von Arendsee, wird die oben abgedruckte und ebenso die folgende Resolution gegen 8 Stimmen angenommen:

„Die am 25. August in den Arminhallen tagende Buchdrucker-Protestversammlung nimmt gegen die Maßnahmen der Zentralleitung des Verbandes in entschiedenster Form Stellung. Sie verurtheilt die geplanten Massenausschlüsse und alle unlauteren, demagogischen Mittel, mit denen der Zentralvorstand sein Ziel, die Willkürherrschaft im Verbande, auf krummen Wegen zu erreichen sucht. Sie weist ferner die in dem letzten Flugblatt des Zentralvorstandes enthaltenen infamen Insinuationen, nämlich, daß die Opposition den Verband schädige, daß sie ehrlosen Zwecken nachgehe, indem sie die 1½ Millionen Mark des Verbandes in die Hände haben wolle, und mehrere andere Insinuationen ganz energisch zurück. Sie fordert den Zentralvorstand auf, diese beweislos erhobenen Beschuldigungen zu widerrufen, und verlangt endlich, daß der Zentralvorstand sein Amt in die Hände der Wähler zurücklege, damit diese die betreffenden Posten

mit Männern besetzen können, die einer ehrlosen Kampfesweise unfähig sind und denen das Gefühl für Recht und Billigkeit eigen ist. Die Versammlung richtet ferner an die Kollegenschaft die dringende Aufforderung, durch die Urabstimmung zu dokumentiren, daß sie diese Forderungen billigt, indem sie die beiden ihr vorgelegten Fragen verneint; und sie versichert jeden Kollegen ihrer Sympathie, der mit ihr gewillt ist, der statutenwidrigen Wirthschaft der Zentralleitung den Garaus zu machen."

Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Anwesenden auf, in der Opposition gegen die Tarifgemeinschaft und die jetzige Verbandsleitung zu beharren. Auch nachdem in einigen Tagen die neuen Ausschlüsse vorgenommen sein würden, müßten weiter freie Mitgliederversammlungen stattfinden. Es sei dann Pflicht jedes einzelnen, die Arbeit der Ausgeschlossenen weiter zu verrichten.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8½ Uhr, Admiralstr. 16: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Herrn O. Grundmann über Das Nervensystem, Gehirn und Nervenkrankheiten. Demonstrirt an großen Lichtbildern. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Heilverein Kube. Heute Abend 8½ Uhr, in Mildredt's Festsälen, Müllerstraße 7: Vortrag über: „Das menschliche Leben vor und nach der Geburt." Referentin: Frl. M. Kube.

Die Delegirtenwahlen zu der Brandenburger Parteikonferenz

wurden gestern Abend in sechs öffentlichen Parteiversammlungen vorgenommen. Die Versammlungen erfreuten sich alle eines guten Besuches.

Der erste Wahlkreis tagte in den Arminhallen. Genosse Schuster sprach über die Bedeutung der Konferenz. Nachdem sich Täterow, Timm und Petermann für die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, Fischöder und Hammacher zum Theil dagegen ausgesprochen hatten, fand eine Resolution Annahme, die sich für die Betheiligung ausspricht. In der Resolution heißt es zum Schluß: „Ueberall, wo Aussicht auf Erfolg ist, hat die Sozialdemokratie selbständig Wahlmänner aufzustellen; wo das nicht der Fall ist, sind diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die sich unzweideutiger Weise verpflichten, für bestimmt festgelegte freiheitliche Forderungen im preußischen Landtag einzutreten." Angenommen wird der Antrag, die Lokalfrage mit auf die Tagesordnung zu setzen. Gewählt wurden als Delegirte Wuttig, Ahrend und Timm.

Im dritten Wahlkreise drehte sich die Debatte ausschließlich um die Frage der Wahlbetheiligung zum Landtage. Auf einen entschieden ablehnenden Standpunkt stellten sich die Genossen Kamp, Frank, Kräker, Georgi, Börner, Wagner und Solisch, während Alfons Borchardt die Wahlbetheiligung befürwortete. Folgende Anträge wurden angenommen: „Die Delegirten werden beauftragt, auf der Provinzialkonferenz gegen die Aufhebung der Kölner Resolution zu stimmen. Die Provinzialkonferenz soll dahin wirken, daß auf dem Parteitag nur die preußischen Delegirten über die Wahlbetheiligung abstimmen, und dadurch sich die Einberufung eines preußischen Parteitages erübrigt. Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg möge für die Zeit der Reichstagswahl als Zentral-Wahlkomitee erklärt werden. Als Delegirte wurden gewählt: Pohl, Rickert, Georgi.

Das in der Angelegenheit Schöning eingesetzte Schiedsgericht hat sich dahin entschieden, daß sich Schöning einer indirekten Denunziation schuldig gemacht hat, daß ihm aber mildernde Umstände zuzubilligen sind. Schöning erhält eine ernste Rüge, und ist die Angelegenheit damit erledigt.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises waren in den Andreassälen (früher Joël) versammelt. Das Referat über die Bedeutung der Brandenburger Konferenz für die Landagitation hatte Genosse Bruhns übernommen, der in eingehender Weise die Verhältnisse in der Provinz schilderte und darauf hinwies, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich bei der Agitation nach den verschiedenartigsten Richtungen geltend machen, erhebliche Erfolge durch die Arbeiten der Kommission und den Berliner Genossen erzielt wurden. Der Redner sprach sich schließlich für die Betheiligung an den Landtagswahlen aus, zumal dadurch mehrere Gebiete der Agitation eröffnet werden, die bei der Reichstagswahl nicht in betracht kommen. Mindestens sei die Aufhebung des Kölner Parteitagsbeschlusses zu befürworten. Der Redner ersucht, den Delegirten kein gebundenes Mandat mit auf den Weg zu geben, damit auch den Wünschen aus der Provinz Rechnung getragen werden könne. Die Diskussion drehte sich fast ausschließlich um die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen. Sämmtliche Redner, außer dem Genossen Thäder, der für die Betheiligung eintrat, sprachen sich entschieden gegen jede Betheiligung an den Landtagswahlen aus. Aber ein Antrag, die Delegirten mit gebundenem Mandat, gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen zu stimmen, zu versehen, wurde abgelehnt und hierauf die Genossen Lorenz, Galle und Rasche als Delegirte für die Brandenburger Konferenz gewählt.

Im fünften Wahlkreise hatte Genosse Hennig das einleitende Referat übernommen. Maaß beantragt, die Presse mit auf die Tagesordnung zu setzen; dieser Antrag wird angenommen. Zur Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen referirt Friedländer. Er, sowie Regge und Dr. Weyl sprechen sich dafür aus, dagegen sprechen Robert Schmidt, Maaß und Liebmann. Schließlich wird den Delegirten ein gebundenes Mandat mit auf den Weg gegeben, auf der Konferenz für Aufhebung des Kölner Beschlusses zu stimmen. Gewählt wurden Dr. Weyl, Friedländer und Lissauer.

Im sechsten Wahlkreise hielt Genosse Rietz in der recht gut besuchten Versammlung das einleitende Referat. Die Diskussion dreht sich ausschließlich um die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen. Es sprachen Becker, Dornbusch, Kiesel und Leith gegen, Borgmann und Swienty für die Betheiligung an den Landtagswahlen. Eine Resolution wurde nicht gefaßt. Als Delegirte wurden gewählt: Kiesel, Maß und Dornbusch.

Den Bericht über die Versammlung des zweiten Wahlkreises, der bei Schluß der Redaktion noch nicht eingetroffen ist, werden wir nachtragen.

Soziales.

Das Eintreten der Pastoren für die Arbeiter können die „Ordnungsstützen" nicht vertragen. Einen drastischen Beweis dafür haben kürzlich Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Strasburg in der Uckermark geliefert. Man schreibt uns darüber:

Der Pastor Gentzke hatte in der dortigen Zuckerfabrik auf Wunsch regelmäßig Predigten halten wollen. Bald merkte er jedoch, daß ein Theil seiner Zuhörer während der Predigt einschlief. Erkundigungen über die Ursache machten dem Pastor klar, daß die Arbeitszeit in der Zuckerfabrik so lang war, daß die Arbeiter ermüdet sein mußten. Wollte er nicht seine Predigten vor einer ganz geringen Anzahl von Zuhörern halten, so mußte er seine Thätigkeit einstellen. Bei einer Unterredung mit dem Direktor der Fabrik äußerte sich der Pastor nun dahin, daß die Arbeitszeit zu lang und die Bezahlung sehr niedrig sei. Die beiden Herren geriethen darob hart an einander. Einige Zeit darauf besprach auf der Kreissynode Pastor Gentzke auch die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter jener Zuckerfabrik arbeiten. Trotzdem der Herr sich dabei noch einer ziemlichen Milde der Darstellung befleißigte, fühlte sich der Direktor der Fabrik, ein Herr Naegelé, der auch Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums ist, aufs tiefste gekränkt, und er beantragte in einer Sitzung der Stadtverordneten, ihn von seinem Amt als Mitglied der Schulkommission zu entbinden, da er mit dem Pastor Gentzke, der Kreisschulinspektor ist, wegen dessen Aeußerung über die Zuckerfabrik nicht mehr zusammen arbeiten könne. Darob allgemeine Bestürzung unter den Stadtvätern. Nachdem Herr N. von der Behandlung und den Löhnen der Arbeiter der Zuckerfabrik eine glänzende Schilderung entworfen hatte, gab er dem dringenden Ersuchen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung nach und zog seinen Antrag auf Entbindung von seinem Amte in der Schulkommission zurück. Obgleich den Stadtverordneten fast durchweg die Zustände in der Zuckerfabrik bekannt sind, widersprach auch nicht ein einziger. Selbstverständlich sind Sozialdemokraten nicht unter ihnen. Anzunehmen ist allerdings, daß nur die Furcht vor der Macht des großen Aktienunternehmens sie sämmtlich so gefügig machte. Die Kleinbürger des Städtchens sind zum großen Theil direkt oder indirekt von der Fabrik abhängig. Die Ackerbauer befürchten, daß ihnen die Rüben nicht abgenommen werden; die Handwerker rechnen damit, die Arbeit der Fabrik oder der umliegenden Güter könnten ihnen entzogen werden. Kurz, gegen den Pastor, der es gewagt hatte, gegen die Kapitalsinteressen zu handeln, wurde zum Dank für seine Wahrnehmung der Arbeiterinteressen folgender Beschluß gefaßt: „Die Stadtverordneten-Versammlung hat von dem Bericht des Herrn Pastor Gentzke in der Kreissynode, soweit sich derselbe mit den Verhältnissen der Arbeiter an der hiesigen Zuckerfabrik beschäftigt, Kenntniß genommen. Dieselbe ist der Ansicht, daß aus den ihr mitgetheilten Aeußerungen hervorgeht, daß Herr Pastor Gentzke durchaus nicht mit den Arbeiterverhältnissen an der hiesigen Zuckerfabrik vertraut ist, und weist die Versammlung die gemachten Vorwürfe als durchaus unbegründet zurück. Dieselbe findet es daher auch erklärlich, wenn der Stadtverordnete Naegelé sich durch diese Auslassungen verletzt fühlt und einem ferneren Verkehr mit dem Herrn Prediger Gentzke gern aus dem Wege gehen möchte. Dessen ungeachtet ersucht die Stadtverordneten-Versammlung Herrn Naegelé, auf dem Posten, zu welchem er durch das Vertrauen seiner Kollegen bestimmt, auszuharren und überzeugt zu sein, daß er von diesem Vertrauen durch den Angriff des Herrn Pastor Gentzke nichts eingebüßt hat."

Wie steht es nun um die Lage der Arbeiter der Zuckerfabrik?

Bei Arbeitern, welche außerhalb der Fabrikräume beschäftigt werden, und das ist ungefähr die Hälfte aller Beschäftigten, beträgt der Tagelohn für männliche Arbeiter 1,60, für weibliche 1,20 M. Die in der Fabrik Beschäftigten erhalten 1,80—2 M. Für die Beschäftigung auf dem Zuckerboden, wobei die Arbeiter wegen der großen Hitze fast nackend arbeiten müssen, und für die besonders gesundheitsschädliche Thätigkeit am Kalkofen werden 2,25—2,50 M. gezahlt. Da die Fabrik ununterbrochen in Betrieb ist, wird in zwölfstündigen Schichten gearbeitet, bei denen die Arbeiter wöchentlich wechseln. Ueberstunden werden fast fortgesetzt gemacht. In der Regel sind die Arbeiter 17 Stunden hintereinander thätig; an den Tagen, wo die Schicht gewechselt wird, jedoch 24 Stunden, doch ist die Arbeitszeit auch schon auf die fast unglaubliche Länge von 29 Stunden hintereinander ausgedehnt worden. Wollen die Arbeiter bei dem geringen Lohn einen einigermaßen ausreichenden Verdienst erzielen, so sind sie gezwungen, eine halbe Schicht Ueberarbeit zu machen. Dieser Bezahlung der Arbeiter mag gegenübergestellt sein, daß der Direktor Naegelé zwölftausend Mark Gehalt jährlich und noch Tantiemen erhält. Vor einigen Jahren zahlte die Gesellschaft den Aktionären annähernd 40 pCt. Dividende. Wenn auch jetzt der Gewinn nicht mehr so hoch ist, könnte immerhin den Arbeitern bessere Bezahlung und kürzere Arbeitszeit gewährt werden. Statt dessen läßt man sich daran genügen, die Arbeiter Sonntags in der Fabrik eine Predigt hören zu lassen. Daß die Entrüstung der Stadtverordneten-Versammlung, die sich hier zum Vertheidiger einer Aktiengesellschaft macht, ungerechtfertigt ist, dürfte durch diese Mittheilung genügend nachgewiesen sein. Die Erfahrungen, die bisher mit den Pastoren gemacht worden sind, die einmal für die Arbeiter ein klein wenig eintraten, lassen leider befürchten, daß sich auch Herr Pastor Gentzke nicht noch einmal mit solchen verpönten Dingen beschäftigen wird. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer.

Die Kontraktbrüche ländlicher Arbeiter sollen dieses Jahr in der Provinz Sachsen bedeutend zahlreicher sein als früher. In der Zeitschrift „Das Land" wird angegeben, im Jahre 1895 seien 636 Kontraktbruchfälle, im vorigen Jahre 819 und bis Ende Mai dieses Jahres bereits 454 gemeldet worden. Unter den kontraktbrüchigen Personen hätten sich im vorigen Jahre 659 Sachsengänger und in diesem Jahre 349 derselben befunden.

Kontraktbrüchig wird der Arbeiter in der Regel nur dann, wenn ihm das bisherige Arbeitsverhältniß unerträglich erscheint und wenn er anderswo eine bessere Stelle findet. Jedenfalls werden die Grundbesitzer wenig oder gar nicht über Kontraktbruch zu klagen haben, die ihre Arbeiter ordentlich bezahlen und menschenwürdig behandeln. Damit hapert es aber in der Landwirthschaft ganz besonders.

Für den Boykott als Kampfmittel des Proletariats bricht unser französischer Genosse Vaillant in der „Petite République" eine Lanze. In Frankreich wird, wie auch in Deutschland, verschiedentlich die gesellschaftliche Acht über die Mitglieder der Sozialdemokratie verhängt, und da meint denn Genosse Vaillant, das beste Mittel, um die Feinde zu Paaren zu treiben, sei der streng durchgeführte Boykott. Wenn die Arbeiter ihre wirthschaftliche Macht als Konsumenten gegen solche Fanatiker ins Spiel brächten, dann würden diese bald finden, daß sie in einem derartigen Kampf nur zu verlieren haben. Genosse Vaillant hat sicherlich recht und wir sind die letzten, die Erfolge des Boykotts leugnen oder verkleinern zu wollen, auf welche er hinweist. Aber eins müssen wir doch hervorheben: von allen Waffen, die das Proletariat in seinem Vertheidigungskampf gegen die Kapitalistenklasse hat, ist der Boykott diejenige, die die höchste Disziplin erheischt. Der Boykott bedarf sogar eines höheren Grades von Disziplin als der Streik, und, wie unsere französischen Genossen selbst wiederholt dargelegt haben, läßt die Disziplin innerhalb der französischen Sozialdemokratie leider noch sehr viel zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß unsere Genossen in Frankreich durch die Verfolgungen der Gegner dazu veranlaßt werden, diesem Mangel mehr und mehr abzuhelfen.

Die Verbindung der Arbeitsvermittelung mit der Naturalverpflegung bedürftiger Durchreisender ist am 1. Juli im ganzen Kanton Aargau in der Schweiz eingeführt worden. Jede Naturalverpflegungsstation ist zugleich Arbeitsnachweisbureau, wo jeder, der Arbeiter braucht, dies anmelden kann.

Aus der Liste der dänischen Hungerleider. Soeben ist das dänische Steuerbuch herausgekommen, dem wir folgende interessante Notizen entnehmen.

Die höchsten Einkommen in Dänemark haben: Großhändler Stokkebye und Hvalsöe mit je 850 000 Kronen (zirka 400 000 M.) jährlich. Diese Herren sind Spekulanten, die im vorigen Jahre behaupteten, zahlungsunfähig zu sein. Lehnsgraf Ahlefeldt-Laurvigenn, Etatsräthin Suhr mit je 250 000 Kr. (über 280 000 M.)

Dann folgen 3 Lehnsgrafen und 7 Großhändler oder Großhändlerfrauen mit je 200 000 (225 000 M.), 185 000—150 000 Kronen haben 2 Landbarone, 5 Großhändler, 2 Wittwen; 140 000—100 000 19 Großhändler, 4 höhere Beamte, 2 Landbarone, 2 Wittwen; 98—50 000 Kr. haben 107 Personen; 49—40 000 Kr. haben 285 Personen; 39—25 000 Kr. haben 127 Personen.

Der Merkwürdigkeit halber sei ferner noch erwähnt, daß die armen Eisenindustriellen, welche hauptsächlich ihren ausgesperrten Arbeitern keine Lohnerhöhung von 7—8 Pfennigen pro Tag bewilligen können, ohne sich zu ruiniren, folgendes Einkommen haben: Eickhoff 56 000 Kr. (63 000 M.); Björn Steffensen 35 000 Kr.; Mogensen 30 000 Kr. (33 500 M.)

Soziale Rechtspflege.

Das Berliner Schiedsgericht für Unfallsachen hatte sich in seiner letzten Sitzung mit einem ebenso eigenartigen wie interessanten Rechtsfalle zu beschäftigen. Ein Schlächtermeister war zum Begräbniß des Bruders eines Geschäftsfreundes gefahren und hatte den Lehrling Reichert dorthin mitgenommen. Es war an einem Wintertage, wo die Straßen Schnee und Eis bedeckte. Als man wieder zu Hause angelangt war, sprang der junge Mann auf Geheiß des Meisters vom Wagen, um das Hausthor zu öffnen. Er glitt dabei aus und zog sich einen Schenkelbruch zu, sodaß er in seiner Erwerbsthätigkeit beschränkt blieb. Er verlangte demnächst von der Schlächterei-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit der Begründung abgewiesen, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege. Der Kläger legte Berufung ein. Sein Anwalt machte geltend, es sei die Pflicht jedes Lehrlings, dem Lehrherrn in jeder Beziehung folgsam zu sein, da § 127 der Gewerbe-Ordnung den Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterwerfe. Reichert wäre also durch sein Lehrverhältniß zum Meister gezwungen gewesen, ihn auf sein Verlangen zu begleiten. Anders wäre es bei einem Gehilfen, dem es frei stehe, die Begleitung abzulehnen. Auch sei der Lehrherr verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten gründlich zu unterrichten. Zu den im Schlächtereibetriebe häufig vorkommenden Thätigkeiten gehöre nun das Fahren. Ferner habe der Meister die Fahrt nicht aus privaten Rücksichten, sondern im Betriebsinteresse unternommen. Hierzu bekundete der Lehrherr des Verunglückten selber, daß er im Geschäftsinteresse an dem Begräbniß theilgenommen habe. Er hätte befürchtet, sein langjähriger Geschäftsfreund würde kein Fleisch mehr, oder doch weniger als bisher, von ihm beziehen, wenn er die Beerdigung seines Bruders ignorire. Dieser Geschäftsfreund, ebenfalls ein Schlächter, bestätigte das, indem er ausführte, er kaufe schon seit 12 Jahren vom Meister des Reichert Fleisch und er hätte es als eine grobe Nichtachtung angesehen, wenn jener dem Begräbnisse ferngeblieben wäre. Natürlich hätten die geschäftlichen Beziehungen darunter gelitten. Trotz dieser Aussagen wies das Schiedsgericht die Berufung zurück. Es fehle der ursächliche Zusammenhang zwischen dem eigentlichen Betriebe und dem Unfalle. — Wenn auch für den jungen Mann ein Zwang bestanden habe, mitzufahren, so sei doch streng zu unterscheiden zwischen Thätigkeiten im eigenwirthschaftlichen Interesse und solchen im Betriebsinteresse (!) Hier habe das eigenwirthschaftliche Interesse des Unternehmers vorgeherrscht. Eine von ihm diktirte Thätigkeit werde auch dadurch noch nicht zu einer Betriebsarbeit, daß der Arbeiter infolge seiner Abhängigkeit den fraglichen Auftrag seines Arbeitgebers nicht wohl ablehnen konnte.

Ein eigenthümliches Licht auf die Geschäftsführung des hiesigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichts wirft folgende Mittheilung aus Stettin: Am 24. April d. J. erhielt ein Arbeiter von der zuständigen Berufsgenossenschaft den Bescheid, daß seine Ansprüche auf Gewährung einer Rente und ärztliche Behandlung abgewiesen werden mußten, weil nicht erwiesen sei, daß sein Leiden mit dem erlittenen Unfalle in ursächlichem Zusammenhange stehe. Gegen diesen Bescheid legte der Verunglückte sofort unterm 10. Mai Berufung bei dem hiesigen zuständigen Schiedsgericht ein. Bis heute, also nach länger als 3 Monaten, hat das Schiedsgericht aber noch nicht Zeit gefunden, einen Termin zur Verhandlung über diese Sache anzuberaumen. Inzwischen ist der Kläger seinen Leiden erlegen. Wenn nun festgestellt wird, daß die Krankheit wirklich eine Folge des Unfalles gewesen ist, so ist der Kläger vielleicht mangels fehlender Pflege während der ganzen Zeit infolge der offenbaren Verschleppung der Sache zu grunde gegangen. Und dabei rufen die Herren nach Gesetzen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie! Vielleicht ist es uns bald beschieden, einen Nachfolger des Herrn Bödicker begrüßen zu können, der es ermöglicht, daß auch während der Gerichtsferien die uns doch eilig erscheinenden Unfallsachen zur Spruchsitzung gelangen.

Gerichts-Zeitung.

Das Kammergericht hatte sich mit einem eigenartigen Rechtsfalle zu beschäftigen. Der Hausdiener L. erhielt von einem Bekannten 150 M. zum Handel mit Weihnachtsbäumen, wie ausdrücklich in einem zwischen beiden abgeschlossenen Vertrage bestimmt wurde. Für die Hergabe der 150 M. sollte der „Geldmann" einen bestimmten Betrag erhalten. Da sich L. zur Zeit in einer Nothlage befand, verbrauchte er etwas von dem Gelde für sich; so kaufte er sich z. B. einen Ueberzieher. Daraufhin wurde er wegen rechtswidriger Aneignung einer fremden Sache angeklagt. Das Schöffengericht sprach ihn aber frei, indem es annahm, es handele sich hier um ein Darlehn, mit dem L. hätte machen können, was er wolle. Das Landgericht erklärte diesen Standpunkt für falsch. Es sah in dem Gelde die Vermögenseinlage eines stillen Gesellschafters. Indessen sprach es L. ebenfalls frei, weil eine derartige Einlage nach dem Gesetz in den Besitz des Empfängers übergehe, also von der Aneignung einer fremden Sache nicht die Rede sein könne. Gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen seien die Bestimmungen des zwischen den beiden Kontrahenten zu stande gekommenen Vertrages nicht stichhaltig. Auf die Revision des Staatsanwalts hob jedoch der Strafsenat des Kammergerichts die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück. Der Begriff der stillen Handelsgemeinschaft sei von der Strafkammer verkannt worden. Der Angeklagte und sein Geldgeber hätten nur ein einzelnes Rechtsgeschäft zu Weihnachten machen wollen, also liege nur ein Gelegenheitsgeschäft im Sinne des Handelsgesetzbuches vor. Betreffs solcher Geschäfte seien nun besondere Bestimmungen nicht vorgesehen, es gelten somit die Abreden der Parteien. Unter diesem Gesichtspunkte werde der Vorderrichter nachzuprüfen haben, ob das verbrauchte Geld des Angeklagten Eigenthum gewesen sei oder nicht.

Bierpantscherei in Hannover. Weil sie Reigen und Bierreste dem Publikum verkauft hatten, ist das Restaurateur-Ehepaar Fischer vom Schöffengericht in Hannover zu je 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Der Buffetier Roloff erhielt 200 M. Strafe zudiktirt. Für die Oeffentlichkeit interessant war noch der Einwand des Buffetiers, daß er zum „Verschneiden" des Bieres „berechtigt" gewesen sei, da dies in sehr vielen Wirthschaften, besonders aber auch in den Theater-Restaurationen ebenso gehandhabt werde. Das Bier, mit welchem die Kellner hausiren gingen und das „abgestanden" sei, könne doch nicht fortgegossen werden!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Potsdam, 26. August. (W. T. B.) Heute Abend um 7 Uhr empfing der Kaiser auf dem hiesigen Bahnhofe den König von Siam.

Hannover, 26. August. (W. T. B.) Das Preisgericht für den auf 4½ Millionen Mark veranschlagten Neubau des Rathhauses empfahl einstimmig den Entwurf des Geh. Baurathes Eggert-Berlin zur Annahme.

Zürich, 26. August. (W. H.) Der Tourist Haslacher, aus Oesterreich gebürtig, ist vom Piz Beverin abgestürzt und schwer verwundet aufgefunden worden.

Kopenhagen, 26. August. (W. T. B.) Die 18. Session des „Institut de droit international" (Institut für internationales Recht) ist heute Nachmittag 2 Uhr im Festsaale der Universität eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde Geheimrath Goos-Kopenhagen gewählt, zu Vizepräsidenten Generaladvokat Desjardin-Paris und Professor von Martitz-Heidelberg. Als Mitglieder wurden aufgenommen Staatsminister Dr. Hagerup-Christiania sowie die Professoren Fauchille, Pillet und Bernez-Paris.

Petersburg, 26. August. (W. T. B.) Heute Vormittag 11 Uhr verabschiedete sich Präsident Faure in Peterhof. Kaiser Nikolaus gab dem Präsidenten an Bord der Kaiseryacht das Geleit bis Kronstadt.

Warschau, 26 August. (W. H.) Die vom Polizeimeister erlassene Verfügung, am Tage des Einzuges des Zarenpaares alle Fenster und Thüren der Häuser, welche sich in den Straßen befinden, die der kaiserliche Zug passirt, geschlossen zu halten, ist auf direkten Befehl des Zaren wieder aufgehoben worden.

Simla, 26. August. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Die Afridis haben am Dienstag Vormittag Lundi-Kotal angegriffen und niedergebrannt.

Simla, 26. August. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Die Khaibar-Schützen, welche die Garnison von Lundi-Kotal bildeten, hielten 24 Stunden stand. Als die Afridis eingedrungen waren, entspann sich ein verzweifelter Kampf, der zwei Stunden dauerte.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

Segel'scher Zimmerplatz 3,45. Atelier Giesecke 3,75. Drechsler der Knopffabrik Leopold Stern 2,50. Gesammelt bei Dührring, Petristraße 31, am Stammtisch 1,10. Von sämmtlichen Arbeitern der Möbelfabrik von Equitz, Gr. Frankfurterstr. 125, durch Stusche 29,—. Einige Xylographen der Xylogr. Anstalt von R. Bong 13,—. O. Wolf in Jglau 17,—. Ges. v. Tapezirern d. Ratzki 2,—. Vom Kegelklub Dienstag 3,50. Maschinenbauer von Arenstein u. Coppel, Tempelhof 3,—. Finger-Collonne Klekotta, Tegel 2,65. Ges. in der Gravir-Anstalt von Fr. Dönniges mit zwei Ausnahmen (darunter der Chef 4,—) 12,—. Einige Maler bei Herrn Fritz jun. auf Bau Grunewaldstr. 40, 2,—. Dr. Th. L. 6,—. Dr. C. F. 4,—. Ein Deutsch-Freisinniger 0,60. J. Bastert, Steinmetz 5,—. Summa 110,55.

Bereits quittirt 2451,69. Gesammtsumme 2562,24.

Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Internationaler Kongreß für Arbeiterschutz.

Zürich, den 25. August 1897.

IV.

Die heutigen Verhandlungen leitet Nationalrath Decurtins (Chur). Die Frage der „Frauenarbeit", die heute zur Verhandlung kommen sollte, muß abgesetzt werden, da die Sektion ihre Berathung noch nicht beendet hat. Dafür wird Punkt 4 der Tagesordnung:

„Die Arbeit erwachsener Männer"

zur Debatte gestellt. Referent ist Bezirksrichter Otto Lang (Zürich). Er sagt: Die Frage kann nur vom Standpunkt des Klasseninteresses behandelt werden. Täglich, stündlich tritt gerade hierbei der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit hervor. Der Unternehmer hat ein wesentliches Interesse daran, die gekaufte Arbeitskraft so lange als möglich auszunutzen, um mit ihrer Hilfe sein todtes Kapital zu befruchten, während der Arbeiter in möglichst kurzer Zeit und bei möglichst hohem Lohn arbeiten will. Hier ist der Widerstand gegen die Forderungen des Arbeiterschutzes am stärksten. Nur zwei Staaten, Oesterreich und die Schweiz, kennen den Normalarbeitstag für erwachsene Männer; auf dem Berliner Kongreß wurde der Maximalarbeitstag gar nicht auf die Tagesordnung gestellt. Wir haben die Frage der Nachtarbeit, der Sonntagsarbeit und der Arbeit in gefährlichen Betrieben getrennt behandelt, hier haben wir die Dauer der Arbeitszeit zu besprechen. Es ist längst erwiesen, daß lange Arbeitszeit durchaus nicht hohe Löhne im Gefolge hat. Das haben die Arbeiter begriffen und sie kämpfen deshalb in erster Linie um die Verkürzung der Arbeitszeit. Durch die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, die die politische Arbeiterbewegung erstrebt, wird der feste Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Bewegung geschaffen, um weitere Verkürzungen der Arbeitszeit zu erreichen. Die Arbeiter haben weiter eingesehen, daß die internationale Regelung der Frage nothwendig ist.

Die Sektion hat meine Resolution in einigen Punkten abgeändert. Darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, daß der Kongreß die allmälige Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben hat, wenn von der einen Seite auch mehr der Nachdruck auf das Wort „allmälig", von der anderen auf das Wort „Verkürzung" gelegt wurde. Ich bitte nebenbei den Ausdruck „Maximal-Arbeitstag" an stelle von „Normal-Arbeitstag" zu setzen. Er ist richtiger. Das Gesetz soll nicht eine Norm, sondern ein Maximum aufstellen, innerhalb dessen die tägliche Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Fällen festgesetzt wird. Wir setzen einen Maximal-Arbeitstag mit dem ausdrücklichen Wunsche ein, daß er nicht lange die Norm bleibt, sondern daß die durchschnittliche Arbeitszeit beständig sinke. — In der Kommission führte zunächst die Frage zu einer Differenz, welche Gebiete dem Maximal-Arbeitstag zu unterstellen seien. Darin waren alle einig, daß die Großindustrie den gesetzlichen Arbeitstag erhalten müsse. Dagegen wurde Widerspruch laut, das Handwerk einzubeziehen. Man glaubte diesen Standpunkt mit der Behauptung rechtfertigen zu können, daß die Arbeit in der Großindustrie schwerer sei, als im Handwerk. Diejenigen unter uns aber, die selber am Schraubstock und Ambos gestanden haben, sagten uns, daß gerade in diesen Betrieben die Ausbeutung und Ueberanstrengung des Arbeiters außerordentlich stark ist. Der Ausschluß des Handwerks vom Maximal-Arbeitstag läßt sich nicht rechtfertigen. Dagegen war man mit der Einbeziehung des Transport- und Verkehrswesens einverstanden. Eine längere Debatte erhob sich über die Frage, ob der Maximal-Arbeitstag auf die Landwirthschaft ausgedehnt werden solle. Einerseits war man durchaus einig, daß von einem Maximal-Arbeitstag und auch von Maximal-Arbeitsjahr im landwirthschaftlichen Kleinbetrieb nicht die Rede sein könne. Aber der Großbetrieb in der Landwirthschaft hat Formen angenommen, die die Einführung des Maximal-Arbeitstages nothwendig macht. Die Taglöhner sind häufig elender gehalten als das Vieh, elender als die Lohnarbeiter in den Städten. Für hunderttausende von Tagelöhnern wäre der gesetzliche Arbeitstag im landwirthschaftlichen Großbetriebe von größtem Nutzen. Das Nähere festzulegen, ist selbstverständlich Sache der Gesetzgebung. Wir haben aber ausdrücklich ausgesprochen, daß Ausnahmen zur Erntezeit zulässig sein sollen. Eine weitere Frage war die, welche Dauer dem Maximal-Arbeitstage gegeben werden soll. Hier haben sich die Meinungen gespalten. Von der einen Seite wurde gewünscht, man soll sich begnügen mit der Forderung, die Arbeitszeit nach Maßgabe der Entwickelung der Technik zu verkürzen; andererseits wurde die genaue Fixirung der Stundenzahl gefordert. Ferner wurde gefragt, ob der Achtstundentag allgemein oder nur für besonders anstrengende Berufsarten gelten soll, und ob er blos den besonders leistungsfähigen Unternehmern, den Gemeinden und dem Staate zugemuthet werden soll. Die große Mehrheit der Sektion entschied sich für den Achtstundentag ohne Wenn und ohne Aber. (Bravo!) Und es ist dringend wünschenswerth, daß sich unser Kongreß einhellig auf diesen Standpunkt stellt. Aeußerlich betrachtet, tritt auf unserem Kongreß das proletarische Element stark zurück. Hier ist der Punkt, wo sich entscheiden wird — nicht ob Sozialdemokraten oder Sozialreformer hier die Mehrheit haben, das ist eine nebensächliche Frage — sondern ob die Theilnehmer des Kongresses auf dem Boden des Klasseninteresses der Arbeiter stehen, die sie hier vertreten (Beifall), oder ob wir hier nur Formeln suchen, um die Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital auszugleichen. Wenn wir das Klasseninteresse der Arbeiter vertreten wollen, müssen wir für den Achtstundentag sein. (Bravo!) Die Arbeiterschaft würde es — unbeschadet, welche politische Stellung sie einnimmt — nicht verstehen, wenn wir den Anschluß versäumten an die große Bewegung des Achtstundentages, wenn wir das Losungswort nicht aufnehmen wollten, das der Pariser Kongreß ausgegeben hat und dem jede Maifeier gilt. Von einer Seite wurde gestern gesagt, ein solcher Beschluß würde von einer Partei als passendes Schlagwort für ihre Agitation begrüßt werden. Ich bitte alle die, die die Forderung des Achtstundentages nur als günstigen Ausgangspunkt für ihre Partei-Agitation betrachten, gegen die Resolution zu stimmen. Mögen nur die beistimmen, die die feste Ueberzeugung haben und sie auch andern beibringen können, daß sie für eine Forderung eintreten, die ohne weiteres in den nächsten Jahren durchgeführt werden kann. Ich bin mir des Unterschieds voll bewußt, der zwischen einem sozialdemokratischen Kongreß und einem Arbeiterkongreß wie dieser besteht. Ein sozialdemokratischer Kongreß stellt sich in bewußten Gegensatz zur kapitalistischen Produktion. Unser Kongreß dagegen befaßt sich nur mit ganz bestimmten Seiten dieser Produktionsweise und stellt die Forderungen fest, die wir auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes im Klasseninteresse der Arbeiter zu vertreten haben. Wir würden uns um die beste Frucht des Kongresses bringen, wenn von ihm behauptet werden könnte, daß nur Doktrinäre und unpraktische Theoretiker auf ihm das große Wort geführt und die ihre utopistischen Forderungen durchgedrückt hätten. Aber der Achtstundentag ist keine Utopie. Er ist durchzuführen und wird durchgeführt werden, wenn die Arbeiterschaft ihre Schuldigkeit thut. (Bravo.)

Von allen Sachkundigen wird bestätigt, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters außerordentlich gesteigert wird. Die Verkürzung der Arbeitszeit drängt beständig zu Verbesserungen der Technik.

Darüber war sich die Sektion klar, daß von einem Sprung vom elf- oder zehnstündigen zum achtstündigen Arbeitstag nicht die Rede sein könne. Das hat seinen Ausdruck in der Resolution gefunden, worin es heißt, daß da, wo der Uebergang zum Achtstundentag zur Zeit unmöglich erscheint, er mit dem Fortschreiten der Technik durch Einführung eines sich ihm möglichst nähernden Maximal-Arbeitstages vermittelt werden soll. — In der vierten These wird der Kongreß mit der Frage befaßt, wie die verkürzte Arbeitszeit einzuführen ist, ob es sich empfiehlt, sie nicht als ausnahmslos giltige Regel einzuführen, sondern verschiedenartig abgestuft für die verschiedenen Industrien. Die Sektion hat sich zu gunsten der Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit entschieden und verlangt nur Ausnahmen zu gunsten ganz besonderer Verhältnisse. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Achtstundentag nur die maximale Grenze angiebt, innerhalb der ohne weiteres Abstufungen möglich sind. Vergessen wir nicht die Bedeutung der gewerkschaftlichen neben der politischen Arbeiterbewegung. Vom sicheren Boden des gesetzlichen Achtstundentages aus werden die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter weitere Verkürzungen der Arbeitszeit erkämpfen. Damit ist die Gefahr einer allgemein verbindlichen Regelung der Arbeitszeit beseitigt. Die fünfte These verlangt, daß die Voraussetzungen für Ausnahmen vom Achtstundentag im Gesetz selbst genau angegeben sein sollen. — Nun noch ein Wort über die Wirkungen des Achtstundentages. Es ist unbestreitbar, daß der Achtstundentag und weitgehender Arbeiterschutz überhaupt bestimmte rückständige Produktionsformen unmöglich machen wird, so die Hausindustrie und gewisse Formen des handwerksmäßigen Betriebs, die heute nur noch möglich sind, weil die Organisationen der Arbeiter noch zu schwach sind und die soziale Gesetzgebung zurückgeblieben ist. Der Achtstundentag wird auch hier als Kulturfortschritt wirken. (Bravo!) Von zwei Standpunkten aus kann man für die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, vom humanitären Standpunkt aus und vom Standpunkt des proletarischen Klasseninteresses aus. Vom humanitären Standpunkte aus wird die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, weil lange Arbeitszeit die körperliche, moralische und geistige Ausbildung des Arbeiters hindert. Sobald man sich auf diesen Standpunkt stellt, wird ein Maß für die Verkürzung der Arbeitszeit aufgestellt: Die Arbeitszeit hat so lange zu dauern, als sie die Leistungsfähigkeit des Arbeiters nicht schädigt. Vom Standpunkt des Klasseninteresses des Arbeiters, den ich für den richtigen halte, handelt es sich nicht um die Frage, wie weit soll die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern die der Lohnarbeit gehen. Der Arbeiter geht mit seiner Arbeitskraft auf den Waarenmarkt und sucht sie so theuer als möglich zu verkaufen. Für die Arbeitervertreter im Kongreß ist die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine Frage der Humanität, sondern eine Machtfrage. „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!" (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge der Sektion lauten:

„1. Der internationale Kongreß für Arbeiterschutz hält die Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages für alle Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr, im landwirthschaftlichen Großbetrieb, sowie in Betrieben des Staates und der Gemeinden für dringend geboten. — Für die Landwirthschaft sind in der Erntezeit Ausnahmen zulässig. 2. Er verlangt von den Regierungen und Gesetzgebungen beim gegenwärtigen Stand der Technik und nachdem in den verschiedensten Berufen und Ländern mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf neun und acht Stunden die besten Erfahrungen gemacht worden sind, daß der Achtstundentag als ein zu erstrebendes Ziel ins Auge gefaßt werde. 3. Wo der Uebergang zum Achtstundentag zur Zeit nicht möglich erscheint, soll er mit dem Fortschreiten der Technik durch Einführung eines sich ihm möglichst nähernden Maximalarbeitstages vermittelt werden. 4. Die Gesetzgebung soll, wo nicht ganz besondere Verhältnisse ein anderes Vorgehen gebieten, für alle Industrien die nämliche maximale Arbeitszeit festsetzen. 5. Soweit die Gesetzgebung Ausnahmen von der Regel des Maximalarbeitstages zuläßt, sollen die Voraussetzungen hierfür im Gesetze selbst genau bestimmt und die zulässige Maximaldauer der sogenannten Ueberzeitarbeit pro Tag und Jahr festgesetzt werden."

Der Korreferent Dr. Sourbeck (Bern) schließt sich den Ausführungen Lange's vollkommen an.

Die Diskussion eröffnet

Frau Bonneval-Paris. Sie begrüßt besonders vom Standpunkte der Frauen die Beschränkung der Arbeitszeit, hält diese aber für eine halbe Maßregel, wenn mit ihr nicht die Festsetzung eines Lohnminimums verbunden sei. Wenn es auch gut sei für die Muskeln, wenn sie eine zeitlang ruhten, so gelte dieser Satz doch nicht für den Magen. Um die Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetze zu erreichen, müßten sich die Arbeiter national und international organisiren. Jede Beschränkung des Vereinsrechtes müsse zu diesem Zwecke aufgehoben werden. (Beifall.)

Repetent Traub-Tübingen (nat.-soz.): Auch die Vertreter der evangelischen Arbeitervereine sind für die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir halten es besser für die gesunden Arbeiter zu sorgen und ihnen die Gesundheit zu erhalten, wie nur für die kranken und invaliden Arbeiter zu sorgen. Wir gehören nicht zu denen, die da sagen: Was wird der Arbeiter in seiner freien Zeit thun? Er wird seinen Lohn versaufen! Wir glauben das nicht, im Gegentheil, lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sind der Trunksucht viel mehr förderlich. Wir können uns den sittlichen Folgen der verkürzten Arbeitszeit nicht verschließen, aber zwei Aber haben auch wir. Einmal, die Arbeitszeit darf nicht so weit gehen, daß die Intensität der Arbeit eine zu große werden muß, zweitens kann die Arbeitszeit nicht für alle Betriebe gleich kurz sein. Wir verlangen einen Maximalarbeitstag für jedes Gewerbe. Freilich eine Höchstgrenze soll es geben. Keine Arbeit sollte länger als 10 Stunden, keine schwere Arbeit über acht Stunden, keine gesundheitsschädliche Arbeit über 6 Stunden währen. Aber wir wollen nicht einem Schlagworte zu Liebe — und ein solches ist der Achtstundentag — alle Arbeit über einen Kamm scheeren und sprechen uns für die gesonderte Festsetzung der Arbeitszei bei jeder Kategorie von Arbeit aus.

Dr. Rudolf Meyer-Prag: Die Sozialdemokratie geht von der Anschauung aus, daß die Entwickelung der Produktion die Produktionsform oder die Produktionsform die Gesellschaft bestimmt. Ich theile diese Anschauung. Wir haben eine große Entwicklung der Produktion hinter uns, die zu den traurigen Arbeiterverhältnissen geführt hat. Mit diesen traurigen Zuständen in der Industrie beschäftigt man sich fast ausschließlich, als ob es gar keine schlechteren gäbe. Dabei machen die Industrie-Arbeiter nur ein Viertel der gesammten Arbeiterschaft aus. In der Landwirthschaft hat sich auch eine Entwickelung geltend gemacht durch Erfindung der amerikanischen Feldmaschine, die amerikanische Bauern während des Sezessionskrieges erfunden haben. Die Maschine macht die Arbeit bequem, billig und die Frauenarbeit überflüssig. (Im weiteren Verlauf der Ausführungen des Redners stellt sich heraus, daß er des Glaubens ist, die Frauenarbeit stände zur Berathung. Der Redner, der den Saal nach dem Referat betreten hat, wird über seinen Irrthum aufgeklärt und tritt von der Tribüne ab.

Landgerichtsrath Kulemann-Braunschweig: Der Referent hat ausgeführt, es gäbe in der uns hier beschäftigenden Frage zwei Standpunkte, den der Humanität und des Klasseninteresses. Ich kann dieser Ansicht nicht beitreten. Wäre die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit blos eine Frage des Klasseninteresses der Arbeiter, alle Nichtarbeiter würden verhindert sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken. Ich halte aber die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht für egoistische Forderungen des Klasseninteresses, sie decken sich meines Erachtens mit den Kulturinteressen. (Lebhafter Beifall.) Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein nothwendiges Kulturerforderniß. Unsere kapitalistische Wirthschaft hat die Reichthümer, welche die Fortschritte der Technik aufgehäuft haben und einer Verkürzung der Arbeitszeit hätten zu gute kommen sollen, nicht zu verwenden verstanden. Die Produktion ist erheblich gestiegen. Aber nicht die Produktion, sondern die Konsumtion ist das Ziel. Ich bin auch der Meinung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit rein gesetzlich erfolgen muß. Allerdings giebt es noch einen zweiten, den gewerkschaftlichen Weg. Die Gewerkschaften sind aber zu schwach, um allein die Verkürzung der Arbeitszeit durchdrücken zu können. Ich kann nicht anerkennen, daß die Festsetzung einer bestimmten Dauer für jede Arbeit berechtigt sei. Die Arbeitszeit wird sich nach dem Stande der Technik richten müssen. Die Länge der Arbeitszeit muß für jede einzelne Kategorie festgesetzt werden. Ich stelle deshalb den Antrag, der These 4 folgenden Zusatz zu geben:

„Die Festsetzung der Arbeitszeit hat für jeden Betrieb nach Maßgabe der Intensität der Arbeit und dem dadurch bedingten Kräfteverbrauch zu erfolgen."

Es kann nicht nur eine obere Grenze festgesetzt werden, es muß auch eine untere Grenze zum Ausdruck gelangen. Nehmen wir die Höchstgrenze mit acht Stunden an, so wird es immer Betriebe geben müssen, die nur sieben- und sechsstündige Arbeitszeit haben dürfen. (Beifall und Widerspruch.)

Nemec-Wien (Sozialdemokrat): Auch heute kommen die beiden auf dem Kongreß vertretenen Richtungen zur Erscheinung. Die eine Richtung will unbedingten Arbeiterschutz, die andere den Arbeiterschutz nur für einzelne Kategorien und Theile der Arbeiterschaft. Ein Kongreß für Arbeiterschutz muß aber das Interesse aller Arbeiter im Auge behalten. Wir haben hier nur die Frage der Arbeitszeit prinzipiell zu erörtern, die Ausnahmen kommen bei anderen Gegenständen der Tagesordnung zur Sprache. Wir müssen hier grundsätzlich aussprechen, daß wir den Achtstundentag wollen. Nicht um Humanität handelt es sich hier, sondern um den Schutz der geringen Vertragsfreiheit des Arbeiters. Der Arbeiter in der Kleinindustrie wird noch mehr angestrengt als der Arbeiter in der Großindustrie; er ist noch mehr der Sklave seines Arbeitgebers. Gerade der Arbeiter im Kleingewerbe muß besonders geschützt werden, ebenso der landwirthschaftliche Arbeiter. Nur durch bessere Löhne und geringere Arbeitszeit kann der Arbeiter auf dem Lande gehalten werden, nur so kann dem Zuge nach den Städten Einhalt geschehen, nur so den Kleinbauern geholfen werden! Noch einmal, wir müssen hier das Prinzip festlegen, die Verkürzung der Arbeitszeit muß in allen Betrieben erfolgen.

Schirmer, Vertreter des katholischen Arbeiter-Wahlvereins in München: Die Sucht nach großem Profit hat die Unternehmer zu der langen Arbeitszeit geführt. Die Arbeiter können sie nicht verringern, weil sie zu schwach sind. Deshalb müsse die Verkürzung der Arbeitszeit gesetzlich erfolgen. Die Frage: ist der Maximal-Arbeitstag nothwendig? beantworten wir mit einem runden Ja. Bischof Ketteler ist schon 1869 dafür eingetreten. Daß große Schwierigkeiten zu überwinden sind, verkennen wir nicht, namentlich in bezug auf die Landwirthschaft. Hier müssen Ausnahmen eintreten, auch in einzelnen Industrien werden Ausnahmen stattfinden müssen. Den Achtstundentag begrüßen auch wir als ein zu erstrebendes Ziel, aber an eine baldige Durchführung glauben wir nicht. Man sollte deshalb auch den Arbeiter nicht in diese Illusion einwiegen. Den Antrag Kulemann unterstützen wir lebhaft.

Vandervelde-Holland (Soz.): Die einzige wesentliche Kritik, die hier an der Resolution der Kommission geübt worden ist, bezieht sich darauf, daß allgemein der Achtstundentag gefordert wird. Man wirft uns vor, wir wollten jede Arbeitskategorie auf ein Prokrustesbett spannen, alles sozusagen über einen Kamm scheeren. Die Anhänger des Achtstundentages wissen jedoch ganz genau, daß Unterschiede zu machen sind, daß in zurückgebliebenen Ländern der Achtstundentag nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann. Wenn diese zurückgebliebenen Länder erst einmal den Achtstundentag haben werden, so bin ich überzeugt, werden andere Länder schon weiter heruntergegangen sein. Wir unterscheiden uns von unsern Gegnern, daß wir die Verkürzung der Arbeitszeit im wohlverstandenen Interesse der Kapitalisten, sondern im Namen der Humanität und Kultur verlangen. Gewiß liegt die Verkürzung der Arbeitszeit auch im Interesse des Kapitalisten. Der Arbeitgeber muß den Arbeiter als eine Maschine betrachten, die intakt erhalten bleiben muß, wie seine eisernen Maschinen. Und von diesem Standpunkt ist es auch ganz richtig, wenn man differenzirt und sagt, schwere Arbeit nützt die menschliche Maschine um so viel mehr, leichte Arbeit um so viel weniger ab, also kann sie bei leichter Arbeit um so viel länger arbeiten. Ich selbst glaube, daß ein Tramwaykutscher 12 Stunden ohne besondere physische Anstrengung seinen Dienst versehen kann. Aber wir stellen uns auf eine höhere Warte. Der Mensch soll sich ausleben und ist unfähig sich auszuleben bei längerer Arbeitszeit als acht Stunden. Sehen Sie sich den belgischen Arbeiter an. Er geht eine halbe Stunde zur Fabrik, arbeitet zwölf Stunden, geht eine halbe Stunde nach Hause und ist, müde und matt, unfähig für die Aufnahme geistiger Nahrung, legt er sich wie ein Stück Blei ins Bett. Wir wollen den Menschen nicht als Arbeitsmaschine intakt erhalten, sondern den Menschen Mensch sein lassen. Der Achtstundentag ist sozusagen auch ein religiöses Postulat. Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben. England hat mit dem Achtstundentag schon den Anfang gemacht, in seinen staatlichen Betrieben ist er eingeführt. Gehen wir einen Schritt weiter und schreiben wir ihn in das Gesetz. Gesetze allein sind freilich ohnmächtig, aber wenn sie getragen sind von einer mächtigen Organisation der Arbeiter, so sind sie eine starke Waffe. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberdörffer, Pfarrer aus Stolberg (Rheinland): Die Klugheit muß uns gebieten, nicht zu viel zu fordern. Meine Freunde aus Deutschland können deshalb der Sektionsresolution nicht zustimmen. Wir können die landwirthschaftlichen Arbeiter nicht einbeziehen, auch nicht die Arbeiter des landwirthschaftlichen Großbetriebes, obwohl wir die elende Lage der ostelbischen Landarbeiter nicht verkennen. Die Resolution sanktionirt selbst Ausnahmen für die Erntezeit; warum thut sie es nicht auch für die Saatzeit, die doch ebenso wichtig ist wie die Erntezeit. Mit Saat- und Erntezeit ist fast der ganze Sommer ausgefüllt. Auch für den Arbeiter des Verkehrsgewerbes müßten Ausnahmen festgelegt werden, deshalb müssen wir eine andere Fassung der Resolution verlangen und beantragen folgenden Wortlaut der These 1:

„Der internationale Kongreß hält die Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages für die industriellen Betriebe für dringend geboten."

Wir sind für Verkürzung der Arbeitszeit aus Gründen der Humanität, der Kultur, aus wirthschaftlichen und religiösen Gründen. Die Ausführungen des Herrn Vorredners sprachen zwar nicht mit Nothwendigkeit für eine achtstündige Arbeitszeit, aber doch für möglichste Verkürzung und ich kann das meiste unterschreiben. Wir beantragen den „Achtstundentag" zunächst für die anstrengendsten

Berufe", und bitten, die These 2 in diesem Sinne zu ändern; These 3 bitten wir abzulehnen. These 4 und 5 akzeptiren wir im Wortlaut der von der Sektion vorgelegten Fassung. Ich schließe mit einem warmen Appell an den Kongreß, sich auf dem Boden unseres Antrages zu vereinigen. Das wird einen ganz anderen Eindruck machen. Sonst wird man einfach sagen, die Sozialdemokraten, die in der Majorität waren, haben ihre alten Forderungen durchgesetzt. So aber werden sich doch jetzt noch Indifferente mehr mit diesen Fragen befassen. Das kann der Sache des Arbeiterschutzes nur zu gute kommen.

Otto Wittelshöfer-Wien: Ich kann die Frage nicht von irgend einem Parteistandpunkt, sondern nur rein sachlich behandeln. Nachdem wir alle den Arbeiterschutz wollen, ist es nur folgerichtig, daß bei der Gewährung des Schutzes das Maß der Anstrengung bei der Arbeit in betracht gezogen werden muß. Dies unterliegt gar keinem Zweifel, daß objektiv die Festsetzung einer einheitlichen Arbeitszeit mit dieser Thatsache in Widerspruch steht. Was aber objektiv richtig ist, braucht aber in der kapitalistischen Wirthschaft noch nicht richtig zu sein. Wenn z. B. der Fortschritt der Technik es ermöglichte, in der gleichen Zeit plötzlich die doppelte Anzahl Schuhe herzustellen, so würde die vernünftige Folge sein, daß jeder sich mit der doppelten Anzahl versieht. In der kapitalistischen Wirthschaft würde dieser Fortschritt der Technik zu einer großen Krise in der Schuhindustrie führen. Die Differenzirung, wie sie Herr Kulemann will, ist nicht möglich. Die Konsequenz seiner Anschauung würde sein, daß zwischen jeder Kategorie und der Regierung ein erbitterter Einzelkampf um die Festsetzung der Arbeitszeit entbrennen würde. Herr Kulemann hat seinen Antrag sehr verlockend entwickelt, indem er als Beispiel acht-, sieben- und sechsstündige Arbeitszeit gewählt hat. Die Sache hätte bei acht-, zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit anders ausgesehen. (Sehr richtig.) Man hätte dann erkannt, daß nur ein kleiner Theil die kurze Arbeitszeit genießen würde, daß Gros aber die längere behalten würde. Zwischen schwerer und leichter Arbeit ist heute nicht mehr zu unterscheiden. Lehnen Sie den Antrag Kulemann ab, Sie würden damit nur ein Prinzip aufstellen, das im Gesetze auch nur ein Prinzip wäre, um dessen Durchführung neuerlich in zahllosen Einzelkämpfen gekämpft werden müßte. (Lebhafter Beifall.)

Beer (Vertreter der österreichischen Metallarbeiter) tritt dem Antrag Oberdörffer entgegen, da im Falle seiner Annahme aus dem ganzen Arbeiterschutz nichts werden würde. Oberdörffer's Forderungen bezögen sich nur auf die Großindustrie und ließen das Kleingewerbe und die Landwirthschaft völlig unberücksichtigt. Der Achtstundentag sei zur kulturellen Nothwendigkeit geworden und an ihm müsse der Kongreß festhalten. Eine Abstufung dürfe nur nach abwärts nicht nach aufwärts eintreten. Herr Oberdörffer solle sich auf den Boden der Sektionsresolution stellen, dann wäre die von ihm gewünschte Einmüthigkeit der Beschlüsse auch erzielt. (Heiterkeit.)

Abg. Axmann- (Antis.) Wien: Die Verkürzung der Arbeitszeit ist keine Klassenfrage, sondern eine Kulturfrage. Meine Freunde treten für den Antrag Kulemann ein. Das Samenkorn, das wir hier in den Boden legen, wollen wir noch in der gegenwärtigen Epoche aufgehen sehen.

Abg. Grillenberger-Nürnberg: Unserer Resolution sind hier Leute gegenüber getreten, die zwar sehr gute Menschen sein mögen, aber sehr schlechte unpraktische Musikanten sind. Und doch behaupten gerade jene Herren, sie seien die Vertreter der Möglichkeit, und wir, die wir den Standpunkt der Arbeiter selbst vertreten, verlangten Unmögliches. Wir haben uns streng vorgenommen, hier keine Utopistereien zu treiben. Der Achtstundentag aber ist das mindeste, was wir verlangen müssen, er ist auch in durchaus absehbarer Zeit durchführbar.

Herr Kulemann und seine Gesinnungsgenossen haben Abstufungsvorschläge machen zu müssen geglaubt. Herr Kulemann hat gestern in der Sektionssitzung darauf hingewiesen, daß früher die Sozialdemokraten selbst für stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit waren und nach dem Grunde gefragt, warum wir diesen Standpunkt verlassen haben. Ich habe schon gestern darauf geantwortet und wiederhole es hier: „Die Arbeiter selbst haben uns zum Verlassen dieses Standpunktes gedrängt. Die Arbeiter waren mit der stufenweisen Verkürzung höchst unzufrieden. Und es wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Arbeiter nicht am besten wüßten, was ihnen Noth thut. Eine Abstimmung der Arbeiter aller Länder würde eine überwiegende Mehrheit für den Achtstundentag ergeben. Eine Differenzirung läßt sich kaum ermöglichen. Unter den Bau- und Schiffsarbeitern, die gewöhnlich unter die anstrengendsten Berufe gerechnet werden, ist die Sterblichkeit eine viel geringere als unter den Buchdruckern, die viel leichtere Arbeit haben. Bedenken Sie doch auch, daß in vielen Fabrikationszweigen eine Menge Berufsarten vereinigt sind. Wie will man da mit verschiedener Arbeitszeit auskommen? Der Achtstundentag ist kein sozialdemokratisches Schlagwort, sondern schon in England, Amerika, auch in Deutschland erprobt. Mir scheint es, als seien gestern die Herren unseren Anschauungen freundlicher gewesen, namentlich die Katholiken. Gegen den Maximalarbeitstag hat sich gestern grundsätzlich überhaupt keine Stimme erhoben. Das war uns besonders erfreulich und so hoffen wir, daß, wie bei uns auch von den übrigen Herren der Achtstundentag noch einmal als die Grundlage jeden ernstgemeinten Arbeiterschutzes angesehen werden wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stühmer-Hamburg (Schneider) beantragt eine Resolution gegen die Uebelstände in der Konfektionsindustrie.

Dann wird die Diskussion nach einem Schlußworte des Referenten geschlossen. Der Antrag Kulemann wird mit 174 gegen 81 Stimmen abgelehnt (Bravo) und ebenso der Antrag Oberdörffer. Die Resolution der Sektion wird unverändert mit 170 gegen 80 Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution der Frau Bonnevial auf internationalen Schutz des Koalitionsrechtes, des Engländers Quelch auf Erweiterung der Haftpflicht der Unternehmer, und die Stühmer's werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und die Sitzung hierauf geschlossen.

* * *

Zürich, 26. August. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der heutige Sitzungstag brachte eine ausgedehnte bewegte Debatte zwischen den Sozialdemokraten und den katholischen Sozialpolitikern über die Frage der Frauenarbeit. Der Brüsseler Wiart (Katholik) beantragte die allmälige Entfernung der verheiratheten Arbeiterinnen aus den großindustriellen Betrieben. Diesen Standpunkt bekämpften in glänzenden Reden Lily Braun, Klara Zetkin und Pernerstorfer. Wiart's Ausführungen suchte man von österreichisch christlich-sozialer Seite zu stützen, so der österreichische Reichsraths-Abgeordnete Alumnatsprofessor Dr. Joseph Scheicher und Baronesse Vogelsang. Schließlich wurde zum Generalredner gewählt Bebel und der katholische Nationalrath Decurtins. Decurtins bekämpfte die bürgerliche Gesellschaft und stellte ein kleinbürgerliches Ideal mit Schwärmereien für die moderne Familie auf. Dagegen wies Bebel mit zwingender Logik die Unmöglichkeit nach, die Frau heute aus der Industrie zu entfernen.

Der Antrag Wiart wurde hierauf mit 168 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die sieben in der Sektion festgestellten Resolutionen nach knappen Begründungen durch die Referenten Lehrer Sigg und Kunstmalerin Margarethe Grenlich mit geringfügigen Abänderungen angenommen.

Heute Abend findet zu Ehren der Delegirten ein Seefest statt.

Lokales.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis veranstaltet am kommenden Sonntag Nachmittag 4 Uhr in Sanssouci, Schmargendorf, Ruhlaerstraße 20, eine Lassallefeier, welche in einem Vokal- und Instrumentalkonzert besteht. Als Mitwirkende sind gewonnen die Kapelle des Herrn Schonert sowie der Gesangverein Kreuzberger Harmonie. Indem wir auf diese Feier hinweisen, ersuchen wir die Parteigenossen, sich mit Familie zahlreich an derselben zu betheiligen.

Die Freie Volksbühne eröffnet die Wintersaison am Sonntag, den 12. September, mit einer Novität im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Zur Aufführung gelangt ein Hamburgisches Drama von Karl Mönckeberg: „Illusionen". Dieses Drama setzte bei seinem Erscheinen sowohl die Presse wie die literarische Welt Hamburgs in Aufregung und wurde bereits von der Hamburger „Freien Volksbühne", dem Bruderverein der hiesigen, mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Wir machen diejenigen Genossen, welche Mitglied der „Freien Volksbühne" zu werden wünschen, auf das heutige Inserat der „Freien Volksbühne" in dieser Nummer besonders aufmerksam. Das Eintrittsgeld beträgt, sowie der Monatsbeitrag 60 Pf. Das Drama „Illusionen" wird am 12. September für die erste, am 19. September für die zweite und am 26. September für die dritte Abtheilung zur Aufführung gelangen. Mitglieder können bei rechtzeitiger Meldung in allen Zahlstellen durch den Vorstand aufgenommen werden. Der Beginn der Vorstellung ist auf 8 Uhr nachmittags festgesetzt, die Verloosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Der Garten steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Zur Lokalliste. Am 29. August veranstalten sechs Berliner Gesangvereine in der Philharmonie ein Fest und suchen unter den Arbeitern dazu Billets abzusetzen. Da die Philharmonie (sowie das Konzerthaus in der Leipzigerstraße und Kroll's Theater) als Kunstinstitut nur für den persönlichen Verkehr frei ist, Vereine also nicht Veranstaltungen dort treffen können, werden die Arbeiter besonders ersucht, solche Billets zurückzuweisen. Die Lokalkommission. J. A.: Ost. Mahle.

Ein etwas wunderliches Urtheil wird in der letzten Nummer der „Sozialen Praxis" über unser Blatt gefällt. Ein Artikel „Die Sozialpolitik auf der Leipziger Gewerbe-Ausstellung" sucht u. a. die Bedeutung zu würdigen, die der Stellung der Arbeiterschaft und ihrer Presse zu lokalen Vorgängen von der Art einer Ausstattung beizumessen ist. Bei einem Vergleich zwischen Leipzig und Berlin heißt es da:

„Obgleich der „Vorwärts", seitdem er mit dem Nebentitel „Berliner Volksblatt" erscheint, dem kommunalen Leben immer größere Aufmerksamkeit geschenkt hat, obgleich er heute schon für die Vorgänge in einer ganzen Reihe städtischer Kommissionen eine Quelle ersten Ranges bildet, so ist er doch gar nicht in der Lage, der Behandlung Berliner Vorgänge auch nur die leiseste Färbung von jenem Lokalpatriotismus zu geben, welcher doch sonst streitende Bevölkerungsklassen in harmlosen Dingen mehr aneinander rückt."

Daß die Urtheilsfähigkeit des Schreibers der angeführten Zeilen nicht allzusehr durch Sachkenntniß getrübt ist, ergiebt sich schon daraus, daß er einen doch nicht ganz unbekannten „lokalgeschichtlichen" Vorgang mit Eleganz auf den Kopf stellt. Der Herr wird uns daher die Bemerkung gestatten, daß der „Vorwärts" zuerst und zwar fast sieben Jahre hindurch den Namen „Berliner Volksblatt" nicht nur als Haupttitel, sondern als einzigen Titel geführt hat und erst im Jahre 1890 in „Vorwärts, Berliner Volksblatt" „umgetauft" wurde. (Siehe Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei.) Was den nunmehr kurz zu würdigenden sachlichen Inhalt jener Zeilen betrifft, so setzen wir, und wenn wir recht unterrichtet sind, im Einverständniß mit unserer Leserschaft, unseren Stolz darin, daß wir den Lokalpatriotismus, der anderen angeblich die Arbeiterschaft zieren soll, uns nach Kräften zehn Schritte vom Leibe gehalten und das Interesse des Proletariats, wie das der Partei, für die wir kämpfen, auch in lokalen Dingen stets über das Kirchthumsbehagen des Philisteriums gestellt haben.

Der Sinn für Gesetzlichkeit im königlichen Institut. Der „Voss. Ztg." geht folgende Beschwerde zu: „Am Sonnabend, den 21. d. M., vormittags, kam ich zwischen 11 und 12 Uhr am Opernhause Unter den Linden vorbei und sah, daß Polstersessel auf die Rampe gebracht und geklopft und gebürstet wurden. Dem Privatpublikum ist dies nicht erlaubt; wenn ein Mädchen drei Treppen hoch ein Staubtuch ausschüttet, so wird es von dem Schutzmann, der dies sieht, „aufgeschrieben" und verfällt einer Polizeistrafe. Am Opernhause ist doch immer ein bedeutender Fremdenverkehr; was sollen Fremde denken, wenn beinahe über ihren Köpfen Möbel und Vorhänge geklopft und gebürstet werden? Unter dem Schutzdach stand ein Schutzmann, der konnte es wohl nicht sehen, wenn er auch das Klopfen hätte hören können, aber es patrouilliren doch an dieser Stelle auch noch andere Schutzleute, die es hätten sehen müssen. Das Verbot des Ausstäubens ist aus Gesundheitsrücksichten erlassen und auch sehr berechtigt, warum darf eine königliche Verwaltung das Verbot übertreten? Ich wäre der Ansicht, daß gerade diese mit gutem Beispiel vorangehen müßte." — Der Mann der dieses schreibt, sollte sich daran erinnern, daß vor einiger Zeit allem Verfrommungsstreben zum Trotz im königlichen Schloß und in diversen „Gotteshäusern" Sabbathschändungen auffälligster Art begangen wurden. Gegenüber diesem anscheinend ungerügt gebliebenen Aergerniß erscheint das Möbelausklopfen noch relativ harmlos.

Von wegen der Sittlichkeit und Ordnung? Das neue preußische Abgeordnetenhaus in der Albrechtstraße ist mit dem Schmuck des Landeswappens versehen worden. Aber beide bärtige Männer, welche das Wappen flankiren, stützen die umgekehrten Keulen nicht, wie es bisher Brauch war, auf die Erde, sondern tragen sie gleich Schießgewehren auf der Schulter; auch sind die Figuren nicht nackt, sondern mit einer flatternden Gewandung umhüllt, welche den Rücken vollständig bedeckt. Man erwägt, ob den beiden wilden Männern nicht auch eine Pickelhaube aufzusetzen sei.

Die Verhandlungen mit den Hausbesitzern der Köthener Straße, deren Grundstücke durch den Bau der Zweiglinie der elektrischen Stadtbahn (Potsdamer Platz-Zoologischer Garten-Warschauer Brücke) berührt werden, hat die Firma Siemens u. Halske abgebrochen, da eine Einigung zwischen den Betheiligten nicht erzielt werden konnte. Die Zweiglinie soll auf der Strecke Potsdamer Platz-Hafenplatz als Unterpflasterbahn ausgeführt werden; der Bahntunnel wird dann zum Theil unter den Grundstücken Köthener Straße 11 bis 26 liegen. Meist sind es nur Streifen des Hinterlandes, unter denen die Bahn sich hinziehen wird, in einzelnen Fällen wird die unterirdische Anlage aber auch einschneidendere, bauliche Veränderungen erheischen. Nun ist das Enteignungsverfahren eingeleitet worden.

Die Bleistaub-Verhältnisse in den Setzereien festzustellen, waren auf Veranlassung der Reichsdruckerei in verschiedenen Setzerabtheilungen Berliner Buchdruckereien Meßapparate aufgestellt worden. Das Ergebniß der Untersuchungen in einer Druckerei war nach den Mittheilungen der Reichsdruckerei folgendes: „Der Bleigehalt des abgelagerten Staubes betrug auf einem Formenregal in 10 Zentimeter Höhe über dem Fußboden 0,89 pCt., auf einem Seybrett in 52 Zentimeter Höhe 1,73 pCt., auf einem Setzbrett in 96 Zentimeter Höhe 3,59 pCt., auf einem Schrank in zwei Meter Höhe 1,21 pCt. und auf einem Schrank in 2,25 Meter Höhe 0,62 pCt. Der Staub zeigte also im Durchschnitt einen Bleigehalt von 1,6 pCt., eine Menge, wie sie auch im Staube in anderen Setzereien gefunden worden ist. In der Luft des untersuchten Raumes wurden bei zwei Versuchen in einem Kubikmeter 1,13 Milligramm und 1,35 Milligramm Staub aufgefunden. Während 300 Arbeitstagen würde hiernach bei einem Mittel von 1,24 Milligramm ein Setzer insgesammt 1,86 Gramm Staub mit einem Bleigehalt von 0,003 Gramm einathmen. Das macht in 33⅓ Jahren 1 Gramm Blei aus. Diese Menge dürfte zu gering sein, um bei einem sonst gesunden Menschen Bleikrankheiten hervorzurufen. Zu Feststellungen über die Gefährlichkeit der Bleimengen, die sich an den Händen der arbeitenden Setzer ablagern, scheint es nicht gekommen zu sein.

Zu dem Verbot des Sudermann'schen „Johannes" wird einem hiesigen Blatte mitgetheilt, daß unmittelbar vor den Thoren Berlins und zwar im Kreise Teltow Passionsspiele mit behördlicher Erlaubniß zur Aufführung gelangen dürfen. Dieselben fanden bisher stets im „Albrechtshof" zu Steglitz gegen Entree statt. Die Gestalt Christi erschien in Begleitung der Apostel und sonstiger biblischer Personen auf der Bühne, ohne daß jemals bisher ein polizeiliches Verbot stattgefunden hat. Ebenso wenig wie bei der Behörde haben diese Aufführungen beim Publikum irgend welchen Anstoß erregt.

Der Berliner Gewerks-Krankenkassen-Verein, welcher kürzlich mit dem Kuratorium der Berliner Unfallstationen ein Abkommen zu gunsten aller Mitglieder der Gewerkschafts-Krankenkassen getroffen hat, wonach diese in dringlichen Krankheitsfällen auf den Unfallstationen unentgeltliche Hilfeleistung erhalten, wofür die Gegenleistung durch einen jährlichen Pauschalbetrag vom Kassenverein an das Kuratorium entrichtet wird, wird, wie man berichtet, demnächst auch von den Sanitätswachen eine Anregung zum Abschluß eines ähnlichen Abkommens erhalten, da zahlreiche Personen, welche die Sanitätswachen in Anspruch nehmen, Mitglieder einer Gewerks-Krankenkasse sind und die Einziehung des ärztlichen Honorars für die Sanitätswachen heute für diese sowohl, wie für den Patienten mancherlei Unbequemlichkeiten mit sich bringt.

Die beiden Opfer des letzten Raubmordes sind gestern Nachmittag um 3 Uhr auf dem alten Domkirchhofe in der Liesenstraße unter großem Andrange beerdigt worden. Der Hofprediger Schniewind hielt eine Predigt, in der er mit einer für einen evangelischen Geistlichen immerhin beachtenswerthen Energie nicht allein den Geiz erwähnte, der den Ermordeten als Laster anhaftete, sondern auch in geschickter Wendung den von Kotze verübten Duellmord verurtheilend streifte.

Zu der Mordthat an sich ist wenig neues zu melden. Josef Goenczy ist im Jahre 1880 vom Wiener Garnisonsgericht wegen Diebstahls, Betrugs und Desertion zu 4 Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden. — Der Gatte der ermordeten Frau Schultze, der Nutzholzhändler Johann Georg Schultze, war schon beim Kauf der Gipsberge in Sperenberg, durch die er sein Vermögen sehr vergrößert hat, ein reicher Mann. Er besaß damals vor dem Kottbuser Thor eine Kalkbrennerei und auch mehrere Grundstücke. Die Erzählung, daß Schultze Wuchergeschäfte betrieben habe, ist unbegründet; sie beruht auf einer Verwechselung des Mannes der Ermordeten mit einem entfernten Verwandten Samuel Gotthelf Schultze. Meldungen, daß Goenczy hier und da, so im Hannöverschen und in München gesehen worden sei, beruhen auf Kombinationen.

Ein angehender Justizbeamter als Fälscher und Betrüger. Die Verhaftung eines Justizanwärters erregte gestern Mittag im Moabiter Kriminalgericht Aufsehen. Dieselbe fand in dem im Souterrain liegenden Kassenzimmer statt. Dort hatte am Mittwoch früh, gleich nach Beginn der Gerichtsverhandlungen, ein junger Mann eine Gebührenliquidation über 9,80 M. eingereicht, die zu Bedenken keinerlei Veranlassung gab und deshalb anstandslos honorirt wurde. Erst später bei der Eintragung in die Bücher bemerkte man, daß die Liquidation gefälscht war. Das Formular war richtig, ebenso der aufgedrückte Stempel des Landgerichts II; die Ausfüllung war korrekt und die ausgeworfenen Gebühren waren sachgemäß berechnet. Nur der Namenszug des berechnenden Gerichtsschreibers, der eine unnachahmliche Handschrift schreibt, stimmte nicht und der Name des Vorsitzenden, Direktors H., war statt wie sonst in deutschen, hier in lateinischen Lettern geschrieben. Es gelang alsbald festzustellen, daß der betreffende Gerichtsschreiber beurlaubt war und ein anderer Beamter die Gebühren berechnete, ferner auch, daß Direktor H. an diesem Tage gar nicht vorgesessen hatte, und endlich, daß eine Sache mit dem angegebenen Namen gar nicht angestanden hatte, noch ein Zeuge aus „Köpenick" dieses Namens geladen war. Die Person des Fälschers war zunächst in Dunkel gehüllt, denn Niemand hatte denselben gesehen, außer den Kassenbeamten, die ihn natürlich nicht kannten. Daß der Fälscher eine Gerichtsperson sein mußte, ließ Formular, Ausfüllung, Berechnung, Stempel und Unterschrift erkennen. Da demselben aber das erste Vergehen so gut gelungen war, so glaubt man in der Kasse, auf einen alsbaldigen zweiten Versuch rechnen zu können und man sah sich nicht getäuscht. Gestern gegen ½12 Uhr erschien derselbe junge Mann wieder und repräsentirt eine neue Gebührenanweisung. Diesmal war er als „Provisionsreisender Krüger aus Charlottenburg" mit zirka 8 M. aufgeführt. Der unterschriebene Name des Gerichtsschreibers war derselbe wie gestern, aber der Name des Vorsitzenden, Landgerichtsrath J., war insofern richtig, als derselbe gestern in der That den Vorsitz der ersten Ferienstrafkammer am Landgericht II führte. Der Fälscher wurde vom Fleck weg verhaftet und entpuppte sich als der Justizanwärter Rettig, der sich soeben in den Vorbereitungen zum Gerichtsschreiber-Examen befindet und am Halleschen Ufer beschäftigt war. Derselbe hat sich seiner Examina halber beurlauben lassen und hat sich nun gestern vor Ausführung der That in den Bureaus eingestellt und dabei erkundet, wer heute den Vorsitz führe. Er ist der Sohn einer hochachtbaren Beamtenfamilie, scheint aber auf Abwege gewesen zu sein. Ihm steht nun dasselbe Schicksal bevor, wie dem Justizanwärter Ziemer, der vor kaum einem Jahre wegen ähnlicher Fälschungen zu vier Jahren verurtheilt wurde.

Arbeiterrisiko. Beim Bau der Winter-Radfahrbahn im Sportpark Wilmersdorf ist gestern Vormittag der Zimmermann König aus der Rückertstr. 10 in Charlottenburg schwer verunglückt. Er fiel von der Spitze des Thurmes, der auf den Hauptbau aufgesetzt wird, aus einer Höhe von etwa 25 Metern so unglücklich herab, daß er lebensgefährlich verletzt in das Charlottenburger Krankenhaus gebracht werden mußte. Die betheiligten Arbeiter sind der Ansicht, daß dieser Unglücksfall einem schon längere Zeit sehr fühlbar gewesenen Mangel an Schutzvorrichtungen zuzuschreiben ist. Wenn einer der Arbeiter an dem vom Holzzimmermeister Krause hergestellten Bau es wagte, den Polier Nagel auf irgend welche Mangelhaftigkeiten aufmerksam zu machen, so wurde er grob angefahren und lief Gefahr, entlassen zu werden. Als vorgestern ein Geselle eine der zur Sicherung baugesetzlich vorgeschriebenen Klammern verlangte, wurde ihm die Antwort, daß er sich eine Klammer „von zu Hause" mitbringen möge, wenn er eine solche haben wollte. Auch sonst ist der Bau sowohl wegen des Mangels an Sicherungen als wegen der unerträglichen Arbeitshetzerei, die dort vom Polier und seinen Stellvertretern betrieben wird, berüchtigt. Ob nunmehr, nachdem dieser sträflichen Ausbeutungswuth anscheinend ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und ähnliche Vorfälle verhindert werden?

Von der Hafenhaide. Bei der gegenwärtig eintretenden Bebauung des südlichen Theils der Hafenhaide, des bisherigen großen Ausstellungsparks, ist eine Regulirung dieser Straße nothwendig. Auf beiden Seiten sollen 14 Meter tiefe Vorgärten angelegt werden; doch sollen sie auf der Südseite, wie bestimmt verlautet, nicht mehr zu Schankwecken verwendet werden, um den herrschaftlichen Charakter der Straße nicht zu stören. Der Hausbesitzerverein „Süden" hat nun an den Magistrat das Gesuch gerichtet, die Straße Hafenhaide mit Mittelpromenade unter Hinzunahme der beiderseitigen Vorgärten oder eines Theiles dieser unter thunlichster Erhaltung der jetzigen schönen Baumreihen versehen zu lassen, gleichsam als Fortsetzung der früher geplanten Gürtelstraße im Zuge der Bülow-, York- und Gneisenaustraße.

Ein schwerer Unglücksfall, bei welchem, so weit bis jetzt festgestellt, 16 Personen mehr oder minder verletzt worden sind, ereignete sich am Mittwoch Abend gegen 7 Uhr in der Brunnenstraße. Zwischen der Ramlerstraße und Bahnhof Gesundbrunnen stand dicht am Bürgersteig ein Handwagen, von welchem ein Handelsmann

Körner Limonade verkaufte. Um sich Kundschaft anzulocken, gab der Handelsmann von der süßen Flüssigkeit verschiedenen Personen zu kosten. Infolgedessen sammelte sich eine größere Menschenmenge an, welche den Bürgersteig und die Hälfte des Fahrdammes besetzt hielt. Um dieselbe Zeit passirte ein mit Eis beladenes, dem Schlächtermeister Bormann, Ramlerstr. 14 wohnhaft, gehöriges und von dem Kutscher Hermann geführtes Einspänner-Fuhrwerk die Straße. Am Bahnhof Gesundbrunnen wurde das Pferd plötzlich scheu, jagte quer über den Fahrdamm und in die Menschenmenge hinein. Es entstand nun eine furchtbare Szene; sechs Personen lagen unter dem Pferde, der Wagen des Handelsmannes wurde umgestoßen und riß ebenfalls eine Anzahl Personen zu Boden. Ein vorbeifahrender Radfahrer wurde von dem Pferde angerannt und stürzte ebenfalls mit der Maschine. Glücklicherweise blieb das scheue Thier sofort stehen, wodurch ein größeres Unglück verhindert wurde. Hinzukommende Schutzleute nahmen sich der Verunglückten an, die zum theil zu dem Arzt Dr. Levin, zum theil nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht wurden, wo sie Nothverbände erhielten. Am schwersten verletzt war der Handelsmann, welcher eine Quetschung des Brustkastens erlitten hat und im Krankenhause verbleiben mußte. Ebenfalls fanden zwei Knaben, der Sohn eines Maurers Kunze und der eines Arbeiters Volber, die beide auf dem Gesundbrunnen wohnen, in der Anstalt Aufnahme. Der erstere hatte eine Quetschung des Schienbeines, der kleine V. leichte innere Verletzungen erlitten. Im ganzen erhielten 11 Personen Verbände. Der Kutscher H. der ebenfalls leichte Verletzungen erlitten hat, begab sich sofort nach der Wohnung des Dienstherrn. In der letzteren meldeten sich im Laufe des Abendes noch 4 Personen, die ebenfalls bei dem Vorgange zu Schaden gekommen sein wollten. Das Unglück gab Veranlassung zu übertriebenen Gerüchten. Man erzählte von zwei Todten, von zahlreichen Schwerverletzten, die in hiesigen Krankenhäusern untergebracht werden mußten.

Von drei Hilfsarbeiterinnen der Buchdruckerei Dudeck u. Ko. geht uns folgende Zuschrift zu: „Bezugnehmend auf den Artikel des „Vorwärts" vom 15. d. Mts. erklären die Unterzeichneten folgendes: Wenn einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeit mit nach Hause genommen haben, so haben den Mehrverdienst lediglich sich zu Hause befindliche arbeitslose Geschwister, oder deren Eltern zum größten Theil gehabt. Es ist ferner unrichtig, daß die betreffenden Personen 7—10 M. verdient hätten durch die Arbeit; wenn der Einsender 8 M. angegeben hätte, so könnte dies wohl eher stimmen. Auch ist es unrichtig, daß die Arbeiterinnen bei dieser Arbeit 18⅓ M. verdient hätten. — Vielleicht haben wir Gelegenheit, auf den thatsächlichen Inhalt der Zuschrift in den nächsten Tagen einzugehen. An sich werden unsere Mittheilungen vom 15. ds. durch dieselbe kaum berührt.

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Einer billigen Anforderung scheint endlich das Eisenbahn-Ministerium gerecht geworden zu sein. Nach der konstanten Rechtsprechung erlangt ein Beamter durch die Publikation des Staatshaushalts-Etats, in welchem die Gehälter der Beamten erhöht worden sind, kein einklagbares Recht auf diese Erhöhung, da durch den Etat nur der Behörde das Recht gewährt wird, das festgesetzte Gehalt zur Auszahlung zu bringen. Unter Benutzung dieser Rechtsprechung haben die Eisenbahn-Behörden bisher denjenigen Beamten, deren Pensionirung zur Zeit der Etatspublikation bereits in Aussicht genommen war, die darin bewilligte Erhöhung nicht zu gute kommen lassen. Vielmehr wurde diesen Beamten das geringere Gehalt bis zum Eintritt der Pensionirung fortgewährt und in Konsequenz davon auch der Pensionsbetrag nach diesem niedrigeren Satz bemessen. Durch die erwähnte Anordnung des Eisenbahnministers ist jetzt von dieser Praxis abgewichen worden. So z. B. haben in diesem Jahre die Lokomotivführer, deren Pensionirung bereits in Aussicht genommen war, die in dem diesjährigen Etat bewilligte Gehaltserhöhung nachgezahlt erhalten, und es ist ihnen auch mitgetheilt worden, daß der Pensionsbetrag nach dem höheren Gehaltssatz berechnet werden wird. Bekanntlich ist in dem diesjährigen Etat das Höchstgehalt der Lokomotivführer von 2000 M. auf 2200 M. erhöht worden.

Der unglückliche Ziethen, der aller Wahrscheinlichkeit nach unschuldig im Zuchthause zu Werden schmachtet, hat dieser Tage an seinen hier lebenden Bruder einen Brief gerichtet, den wir, da er charakteristisch ist für die Seelenstimmung des Unglücklichen und für die Zustände, unter denen er zu leben gezwungen ist, nachstehend zum Abdruck bringen: An Herrn Heinrich Ziethen, Berlin, Neue Königstraße 58. Werden a. d. Ruhr, 22. August 1897. Lieber guter Bruder, Schwägerin und Familie. Hiermit theile ich Dir lieber guter Bruder mit, daß ich heute vor vier Wochen einen Brief an Dich geschrieben. Am zweiten Tage darauf wurde ich zum Herrn Direktor befohlen, welcher mir mittheilte, daß dieser Brief nicht abgeschickt würde. Die Beanstandung erfolgte deshalb, weil ich Dich lieber Heinrich gebeten, Du möchtest in den Elberfelder Zeitungen eine Art öffentliche Bekanntmachung einsetzen lassen, die sich auf Beschaffung neuer Beweismittel bezog und hatte ich auch gleichzeitig meinen Namen darunter gesetzt. Daraus sieht man wieder, wie machtlos ich hier bin und wie tief das schmerzt, 14 Jahre lang ohne Hoffnungsschimmer dahinsterben zu müssen! Was ferner in dem beanstandeten Briefe enthalten war, darüber ein andermal näheres. Ich erwarte jetzt umgehend einen Brief von Dir, lieber guter Bruder, ich werde Dir dann, sobald ich wieder schreiben darf (drei Monate nach Abgang dieses Briefes. D. Red.), weiteres aus dem zurückgehaltenen Briefe mittheilen. Theile Dir und Euch allen mit, daß ich noch gesund bin und nicht die letzte Hoffnung verliere, einmal vor der Welt glänzend gerechtfertigt zu werden. Herzliche Grüße an Herrn Oberstlieutenant v. Egidy, an Dich, herzlieber Bruder, sowie an Deine Frau und Familie. Euer unglücklicher Albert.

Einen tragischen Ausgang nahm, wie dem „Berl. Tagebl." mitgetheilt wird, kürzlich eine Sprechstunde bei dem städtischen Schulinspektor Herrn Haase in der Wartenburgstraße. Bei dem Schulinspektor sprach der bejahrte Professor Dr. Gaedke aus Friedenau, Ringstraße, vor, welcher im Interesse seiner Tochter, einer städtischen Lehrerin, eine Besprechung mit deren Vorgesetztem nachgesucht hatte. Wie verlautet, nahm infolge der Erregbarkeit des Professors Gaedke die Auseinandersetzung einen schärferen Charakter an, in deren Verlauf zum Schreck und Entsetzen des Schulinspektors Professor Gaedke plötzlich vom Schlage getroffen todt zu Boden sank. Als Herr Haase den so jäh Dahingeschiedenen vom Boden aufheben wollte, verletzte er sich selbst erheblich, so daß eine innere Blutung eintrat, die ihn noch jetzt an das Bett fesselt. Der Verstorbene, ein Berliner Gymnasialprofessor, litt an Verkalkung der Aderwände; er stand im Ausgang der siebziger Jahre.

Betreffs des Leichenfundes in der Holzmarktstraße, über den wir gestern berichteten, neigt, wie ein hiesiges Blatt erfährt, die Kriminalpolizei auf grund ärztlicher Besichtigung der Wunden des Todten, sowie nach dem sonstigen Thatbestand der Anschauung zu, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Verletzungen, die der aus der Spree gezogene Leichnam aufweist, sind solche, daß sie kaum durch ein Bootshaken oder eine Schiffsschraube, wie zuerst angenommen wurde, verursacht sein können.

Von einer Kreuzotter gebissen wurde am Mittwoch ein aus Schlesien hier bei seinen Verwandten in der Chausseestraße zu Besuch weilender Posteleve. Derselbe machte mit einer kleinen Gesellschaft einen Ausflug nach Grünau. An einem Wassertümpel im Walde sah der junge Beamte eine kleine Schlange zusammengerollt sich auf einem flachen Stein sonnen. Er hielt dieselbe für eine Blindschleiche, wollte sie anfassen und wurde, als er die Hand ausstreckte, von dem Thiere verletzt. Man trat die Otter todt und wandte alle Mittel an, welche der Volksmund in diesem Falle lehrt. Hand und Arm schwollen jedoch unter großen Schmerzen so stark an, daß die Gesellschaft ängstlich wurde, die Partie abbrach und den Gebissenen zu einem Arzte brachte. Derselbe hielt den Zustand des jungen Mannes für nicht ungefährlich.

Theater. Die Neu-Aufführung von Goethe's „Faust" im „Deutschen Theater", welche am Sonnabend stattfindet, weist folgende Besetzung der Hauptrollen auf: Faust — Josef Kainz; Wagner — Max Reinhardt; Mephistopheles — Hermann Müller; Gretchen — Elise Steinert, als Debüt; Valentin — Rudolf Rittner; Frau Marthe — Luise v. Pöllnitz; ein Schüler — Hans Waßmann; Frosch — Paul Biensfeldt; Brander — Hanns Fischer; Siebel — Hermann Nissen; Altmeyer — Bruno Köhler; Lieschen — Helene Staglé; der Erdgeist — Ferdinand Gregori; der böse Geist — Alwine Wiecke; die Hexe — Guido Thielscher. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Vorstellung ausnahmsweise um sieben Uhr beginnt. — Heute gelangt im Zentral-Theater die burleske, dramatische Revue „Ein fideler Abend" in der Originalbesetzung zur 100. Aufführung. Nach dieser ihrer Jubiläums-Vorstellung wird das Stück nur noch zweimal in Szene gehen, da nächsten Sonntag bereits die letzte Aufführung stattfindet, worauf das Theater behufs Vorbereitungen der Saison-Novität mehrere Tage geschlossen bleibt. — Das Schiller-Theater bringt morgen, zur Feier von Goethe's Geburtstag, zum ersten Male „Clavigo" und „Die Geschwister". Heute findet eine Wiederholung von Grillparzer's Lustspiel „Weh dem, der lügt", statt.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Schöneberg! Am Sonntag, den 29., früh 7 Uhr, findet für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine Flugblattvertheilung statt. Die Genossen mögen sich, auch ohne persönliche Einladung, zahlreich in folgenden Lokalen einfinden: Obst, Grunewaldstraße 110; Pinzer, Noßendorfstr. 16; Schilling, Goltzstraße 48; Klein, Merseburgerstr. 7; Püschel, Gutzkowstr. 9 und Hauser, Sedanstr. 31. Thue jeder seine Pflicht! Der Vertrauensmann.

Achtung, Schöneberg! Unentgeltliche Auskunft in Gewerbegerichts-Angelegenheiten ertheilt der Parteigenosse Karl Säume, Koburgstr. 5, vorn 4 Tr.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß am Sonntag früh im Orte ein Flugblatt verbreitet wird. Treffpunkt 7½ Uhr in Steglitz bei Schellhaase, Ahornstr. 15a. Um rege Betheiligung wird gebeten. Des ferneren wird bekannt gegeben, daß am Dienstag, den 31. d. M., die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins ausfällt wegen der öffentlichen Versammlung, welche am selben Tage abends 8 Uhr in Steglitz, Ahornstr. 15a, stattfindet. Tagesordnung: Gedächtnißfeier zum Andenken an Ferdinand Lassalle. Genosse Theodor Metzner-Berlin wird über: „Die Bedeutung Lassalle's für das Proletariat" sprechen; nach der Versammlung geselliges Beisammensein, verbunden mit Gesangsvorträgen, ausgeführt von mehreren Gesangvereinen. Die Parteigenossen werden gebeten, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen, weil wir als ordentliche Bürger um 11 Uhr von der fürsorglichen Polizei nach Hause geschickt werden, da dann in den Arbeiterlokalen die Polizeistunde eingetreten ist. Der Einberufer: Ernst Suchow, Steglitz, Düntherstraße.

Ein erbitterter Kampf zwischen Hausbesitzern und Miethern wird gegenwärtig im südlichen Theile von Charlottenburg geführt. Von Zeit zu Zeit erscheinen große Plakate, in denen Wohnungs-Ankündigungen in großer Zahl und für mehrere Häuser zugleich enthalten sind und die Miethspreise für die Wohnungen schematisch nach der Zahl der Räume und Etagen angegeben sind. Man glaubt gewöhnlich beim ersten Anblick solcher Ankündigung die Anzeige der Besitzer von eben vollendeten Neubauten vor sich zu haben, doch überzeugt man sich beim Aufsuchen der angekündigten Wohnungen, daß diese in älteren, dicht bebauten Straßen liegen, daß aber die betreffenden Häuser zum größten Theil unbewohnt sind. Betrachtet man die leeren Häuser einige Zeit von der Straße aus, so findet sich bald der benachbarte Zigarrenhändler, der von seinem Laden aus die Vorgänge auf der Straße beobachtet, ein und weiß über die leerstehenden Wohnungen allerlei interessante Dinge zu erzählen. Die betreffenden Häuser sind Eigenthum dieser oder jener Hypothekenbank oder eine solche ist Gläubigerin des Grundstücks und auf ihr Drängen sind vor einem Jahre die Miethen gesteigert und daraufhin die alten Miether ausgezogen; seit jener Zeit stehen die Wohnungen leer „und sie sollen noch länger leer stehen" fügen die inzwischen herbeigekommenen kleinen Geschäftsleute aus der Nachbarschaft hinzu. Sie erkundigen sich genau nach den Wünschen des Wohnungsuchenden und geben diesem Adressen bei „anständigen Hauswirthen" in der Nähe auf. Als Ursache ihres Verhaltens geben sie an, daß sie ebenfalls als frühere Bewohner der jetzt leeren Häuser hätten gesteigert werden sollen, deshalb ausgezogen seien und nun dafür sorgen wollen, daß die „Aktien-Buden" noch lange leer bleiben, da sie ja viel zu theuer sein. Dem Anschein nach ist dies löbliche Bemühen vom besten Erfolge gekrönt; die Häuser der Grundstückswucherer bleiben leer!

Aus Rummelsburg wird uns berichtet: Gestern verunglückte hier in der Wilhelmstraße der Arbeiter Melitz aus Friedrichsberg dadurch, daß er von einem Steinwagen fiel und von diesem überfahren wurde. Beide Räder gingen dem Bedauernswerthen über Arme und Brust, so daß er schwer verletzt liegen blieb. Obgleich das Unglück bald bei der Behörde gemeldet wurde, dauerte es zwei Stunden, ehe der 10 Minuten entfernt wohnende Arzt erschien, welcher dann den Transport des Verletzten nach einem Krankenhause anordnete.

Friedrichshagen. Sonntag, den 29. August, findet im Eiskeller, Friedrichstraße 95, die diesjährige Lassallefeier statt, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz. Das Komitee erwartet eine große Betheiligung der Genossen und Genossinnen.

Aus Rixdorf. Wegen grober Sittlichkeitsvergehen, begangen gegen mehrere seiner Verkäuferinnen, ist der Kaufmann Moritz Bütow, Bergstraße 9 hierselbst, in Untersuchungshaft genommen worden. — Durch einen Einbruch wurde der Gastwirth Wustrack, Jägerstr. 66 wohnhaft, erheblich geschädigt. Der Einbrecher drang in die unbeaufsichtigte Wohnung des Wirthes und entwendete eine Anzahl Werthsachen, sowie ein Sparkassenbuch über 200 M. Bisher fehlt von dem Thäter jede Spur. — In dem Lokal Hobrechtstr. 68 bot der Handelsmann Lewin aus Berlin den Gästen seine Leinen- und Manufakturwaaren zum Kauf an. Plötzlich nahm ein im Lokal anwesender Schlächtergeselle das Packet mit den Waaren und lief damit zur Thür hinaus, wo er das Packet auf einen bereitstehenden Schlächterwagen warf, auf welchem ein anderer Geselle bereits Platz genommen hatte. Noch ehe die im Lokale Zurückgebliebenen die Situation recht begriffen, war der Dieb mit seiner Beute längst verschwunden. Dem Gendarmen Peters ist es gelungen, den Dieb und seinen Helfershelfer zu ermitteln in den Personen der Schlächtergesellen Binder in Berlin und Eiche in Königs-Wusterhausen. Beide wurden verhaftet. Die Waaren hatten die Genannten sich getheilt und es wurden dieselben bei ihnen noch sämmtlich vorgefunden, sodaß der Bestohlene keinen Schaden erleidet. — Die hiesige Gemeindevertretung beschloß in einer außerordentlichen Sitzung, zum Bau eines Schulhauses das an der Lessingstraße belegene Grundstück des Brauereibesitzers Fischer anzukaufen. — Das hiesige Komitee zur Unterstützung der Ueberschwemmten hat bereits 5400 M. an das Zentralkomitee abführen können. — Der Schriftsetzer Stübinger von hier, welcher sich vor einiger Zeit beim Spielen mit einem Revolver eine schwere Schußwunde zuzog, ist jetzt aus dem Krankenhause Am Urban geheilt entlassen worden.

Gerichts-Zeitung.

Eine Vergiftung, die durch die leidige Aufstellung von Koakskörben verursacht sein soll, beschäftigte gestern die erste Ferienstrafkammer am Landgericht II. Wegen fahrlässiger Tödtung war der Maurer und Restaurateur Wilhelm Walter aus Charlottenburg angeklagt. Derselbe hatte in den Tagen vom 10. bis zum 13. Januar d. J. in dem Hause Friedrichstr. 66 in Charlottenburg eine bauliche Veränderung vorzunehmen. Im Seitenflügel der zweiten Etage sollte neben dem Kloset- und Baderaum ein Mädchengelaß hergerichtet werden. Als ein Stück neues Mauerwerk aufgeführt, setzte der Angeklagte des Abends gegen Feierabend Koakskörbe in die Räume, die in der Nacht vom 10. zum 11. Januar die ganze Nacht hindurch brannten, in der folgenden Nacht aber etwa um 11 Uhr ausgelöscht werden sollten, was aber nicht geschehen ist. An diesen beiden Tagen fühlten sich die in der dritten Etage wohnenden Schumacher'schen Eheleute und die in der 4. Etage wohnende Arbeiter Schulze'sche Familie sehr von Kohlendunst belästigt. Ihren Klagen setzte der Angeklagte den Rath entgegen, die Fenster geschlossen zu halten, damit der Qualm aus dem unteren Raume nicht in die oberen hinein könne. Die Befolgung dieses Rathes fruchtet aber gar nichts, der Dunst drang doch in die dritte und vierte Etage. Bei der Familie Schulze wohnte der Schriftsetzer Rother in Schlafstelle. Derselbe war schon am 12. Januar nicht zur Arbeit gegangen, weil er entsetzliche Kopfschmerzen verspürte. Aus diesem Grunde legte er sich auch bereits abends um 7 Uhr in seiner Kammer zu Bett. Am Morgen des 13. ließ er sich nicht sehen, da man aber glaubte, daß er zur Arbeit gegangen sei, so wurde man erst stutzig, als er auch am Abend nicht erschien. Nunmehr wurde die verschlossene Kammer geöffnet, in welcher man den Rother entseelt im Bette fand. Der Vorfall wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft untersucht und es wurde einerseits festgestellt, daß der Tod des Rother zweifellos auf eine Vergiftung durch Kohlenoxydgas zurückzuführen, andererseits, daß der giftige Qualm aus den Koaksöfen durch die Rohrenschächte des Klosets in die oberen Räume gelangt sei. Für letzteren Umstand wurde der Angeklagte verantwortlich gemacht. Nachdem aber in der Sache bereits drei Stunden verhandelt worden war, machte sich die Nothwendigkeit geltend, den Rohrleger darüber zu hören, ob er die Röhrenschächte fest verschlossen oder wie er sonst dieselben hergestellt habe. Die Sache verfiel daher der Vertagung.

Gegen den Schriftsteller und Herausgeber der „Reichsglocke" sowie der „Charlottenburger Stadtlaterne" H. Joachim Gehlsen in Charlottenburg ist auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft beim Landgericht II eine Anklage wegen Beleidigung erhoben worden. Termin zur Hauptverhandlung steht an am 2. September vor dem Schöffengericht in Charlottenburg. Der Angeklagte wird beschuldigt, den Rechtsanwalt Dr. Paul Krause, Vizepräsidenten des Hauses der Abgeordneten und Vertreter des Grafen Douglas in den mit der vermeintlichen Brandt'schen Millionen-Erbschaft zusammenhängenden Streitsachen, beleidigt zu haben. Heft 20 der „Reichsglocke" vom April d. J. enthält eine Besprechung über das Verhalten des Dr. Krause in einem Termin vor dem Amtsgericht in Berlin.

Ausgestellte Visitenkarten als Gefahr für die Sonntagsheiligung. Der Steindruckereibesitzer Köhler in Erfurt sollte eine der bekannten Ober-Präsidialverordnungen verletzt haben, deren Zweck es ist, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage zu gewährleisten. Das Vergehen sah man darin, daß er an einem Sonntage während der Zeit des Hauptgottesdienstes seinen Schaukasten unverhüllt hatte hängen lassen. Darin befanden sich Visitenkarten und Rechnungsformulare, die nicht verkauft werden sollten, sondern nur als Muster ausgestellt waren. Das Schöffengericht und die Strafkammer legten hierauf besonderes Gewicht und sprachen Köhler frei. Zur Begründung führte die Strafkammer aus, es handle sich hier nicht um eine Ausstellung von Waaren im Sinne der Ober-Präsidial-Verordnung; Köhler habe vielmehr in dem Kasten nur Schaustücke ausgestellt, die unverkäuflich gewesen seien. Waaren seien nur solche Gegenstände, die verkauft werden könnten und verkauft würden und aus denen ein Gewinn erzielt werden solle. Das Kammergericht hob jedoch gestern auf die Revision des Staatsanwalts die Vorentscheidung auf und verurtheilte Köhler zu einer Geldstrafe. Auch unverkäufliche Gegenstände könnten zu den Waaren gerechnet werden und die von Köhler ausgelegten Visitenkarten und Rechnungsformulare zählten dazu, da auch Waarenmuster als Waaren anzusehen seien. Wäre dies nicht der Fall, dann könnte ja die Verordnung leicht umgangen und ihr Zweck vereitelt werden. Sie bezweckte, alles dem Auge des Passanten zu entziehen, was einen werktäglichen Eindruck mache. O, jemine!

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, den 30. August ab am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7½ Uhr statt.

H. J. Der Vergleich der Landtagswahlen mit den Kirchenwahlen in bezug auf Betheiligung an den letzteren hinkt doch sehr. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich für Ihren Vorschlag nicht zu haben und wird Ihre Partei den Kampf gegen die orthodoxe Richtung selbst zu führen haben.

Student. 1. Das Archiv steht jedem Genossen zur Verfügung. Dasselbe befindet sich Katzbachstr. 9. 2. Die Zulaßbedingungen zur Parteikonferenz am 12. September werden im „Vorwärts" bekannt gemacht.

G. L., Kastanien-Allee 36. Es giebt viele bedeutend größere Himmelskörper als die Sonne. Der Diamant ist ein Element, d. h. ein chemisch untheilbarer Stoff, und zwar reiner Kohlenstoff.

T. P. 14. Bei der großen Anzahl verschiedener Thaler aus jenem Jahre läßt sich keine genaue Auskunft geben. Wir glauben aber nicht, daß sich ein erheblicher Preis bei Sammlern erzielen lassen wird.

J. K. 66. Siemens u. Halske, Markgrafenstr. 94.

Gleiwitz. Zu erfragen bei Adolf Neumann, Berlin N., Brunnenstraße 150.

Kolumbus. Falls Sie nicht genau wissen, in welchem Staate Ihr Onkel gegenwärtig lebt, werden Sie schwerlich Auskunft erhalten. Wenden Sie sich aber zunächst an folgende Adresse: Deutsche Konsular-Agentur in Milwaukee (Wisconsin) U. St. of A.

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. August 1897.
Etwas wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Berlin.
Einsetzer.
Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr, im Ausschank Kintz & Comp., Alte Jakobstraße 83:
Versammlung.
Bitte zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Obmann. 292/11

Vergolderinnen Berlins!
Montag, den 30. August 1897, abends 8½ Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Gr. öffentl. Vergolder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu der Arbeitsniederlegung der Vergolderinnen bei der Firma Adolf Werkmeister, Schmidstraße 8a, die Wiederaufnahme der Arbeit und der Wortbruch des Fabrikanten.
Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung ladet ein
227/5 Der Einberufer: W. Schnorre.

Möbelpolirer!
Montag, den 30. August, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 (oberer Saal):
Große öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Möbelpolirerei beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung:
1. Aus welchen Gründen schließen sich die Möbelpolirer nicht dem Holzarbeiter-Verband an? Referent: Robert Weber. 2. Ist es nützlich, daß sich die Polirer den lokalorganisirten Gewerkschaften anschließen? Referent: Fritz Kater. 3. Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl desselben. 148/4
Ersuche die Kollegen, in dieser wichtigen Versammlung zahlreich zu erscheinen. J. A.: C. Lederhause, Langestr. 96.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. August:
Neues kgl. Operntheater (Kroll). Der Freischütz. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Rosenkranz und Güldenstern. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Einsame Menschen. Anf. 7½ Uhr.
Berliner. Der Veilchenfresser.
Lessing. Die Geisha.
Westen. Carmen.
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Weh' dem, der lügt. Anf. 8 Uhr.
Zentral. Ein fideler Abend. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär.
Ostend. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Hierauf: Eine tolle Prinzeß.
Belle-Alliance. Spezialitäten. Anf. 6 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. Anfang 7½ Uhr.
Passage-Panoptikum. Eine Kriminalgeschichte. — Ein Jahrhundert der Mode.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
Sonnabend, abends 8 Uhr, zum ersten Male: **Die Geschwister.** Hierauf: **Clavigo.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Papa Nitsche.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Eröffnungs-Vorstellung Dienstag, den 31. August.
Zum 1. Male:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haßkerl.
Musik von Fritz Krause.
Billetverkauf im Invalidendank, Unter den Linden 24 und im Theaterbureau.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß**
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Anfang 5½ Uhr: Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.
Hugo Schulz.
Paula Grigatti, Henriette Ferry. Lebende Photographien. Prof. Alfredi.
Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Freitag, den 27. August 1897:
Letzte Woche:
Emil Thomas a. G.
Zum 100. Male:
Ein fideler Abend.
Burleske dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von verschiedenen Meistern, arrangirt vom Kapellmeister Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Ein fideler Abend.**

Konzerthaus Sanssouci,

Kottbuserstr. 4a, Inh. H. Pierry.
Heute, Freitag:
Wiederauftreten des Herrn **Max Aschinger.**
Der Lumpenball.
Ferner: **Spezialitäten 1. Ranges.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Avis! Vom 1. September ab finden diese Vorstellungen Dienstag, Donnerstag und Sonntag statt.

Gebr. Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
verbleibt nach wie vor
in

Kaufmann's Variété.

Erzielt zur Zeit die grössten Triumphe und **ausverkaufte Häuser** mit dem **Saison-Schlager**
„Himmel auf Erden."
Sonnabend, den 4. September:
Grosse Jubiläums- und Wohlthätigkeits-Vorstellung zum besten **der Ueberschwemmten** zum 100. und letzten Male:
„Himmel auf Erden".
Montag, 6. September in Kaufmann's Variété
Eröffnung der Winter-Saison mit der hochaktuellen Posse
„Im Wintergarten"
sowie mit dem an Situationswitz unübertroffl. Lustspiel
„Im Atelier".

Urania

Taubenstrasse 48–49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.

Blaue Grotte von Capri.
Eine Kriminalgeschichte.
Ein Jahrhundert der Mode.
Fahrt auf dem Golf v. Neapel (Riesen-Illusion) und 500 Sehenswürdigkeiten.

Maehr's Variété-Theater

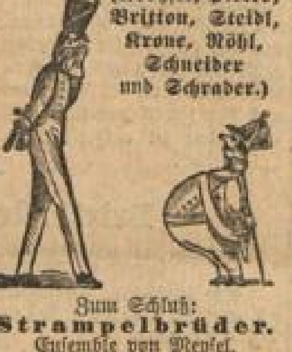
Oranienstr. 24.
Mittwoch, den 1. September 1897:
Eröffnung der Winter-Saison.
Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Der Galeerensklave. Schauspiel mit Gesang.
Die Mutter der Kompagnie. Schwank.
Geschw. Böhrer, die besten Verwandlungsduettisten. Mr. Walther, Neger-Excentric und andere.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entree in der Woche 25 Pf., reserv. Platz 40 Pf. Sonntags-Entree 40 Pf., reservirter Platz 60 Pf. 180b

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und **Humoristen.**
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

Viktoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal)!
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)



Zum Schluß:
Strampelbrüder.
Ensemble von Meysel.
Anfang **8** Uhr. Entree **50** Pf. Billets à **40** Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf. (Siehe Plakate.)
Fahrräder können eingestellt werden.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.

Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**
Nur noch bis 31. August
Venus auf Erden.
Otto Reutter,
Else Arevalo, Mr. Rudinoff
und das erfolgreiche Programm.
Kasseneröffnung 6½ Uhr.
Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September:
Eröffnung der Winter-Saison.
Vollständig neues außergewöhnliches großartiges Programm.
Beginn **7½** Uhr.

Puhlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97–99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Abtheil.
Ludwig Glaser, Humorist. Robert Dill, Operett.-Sänger. Little Nannon, Miniat.-Soubr. Geschwister Ernesto, dopp. Seil. Barbarina's Ballet. Mrs. Trudy, Luftpotpourri.
Kinematograph! (lebende Photogr.) neue Serien. Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

Schweizer Garten.

Am Königsthor. (Haltestelle der Pferdebahn.) **Am Friedrichshain.**
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest in Wusterhausen.
Gr. Ausstattungs-Operetten-Burleske.
Sarrasani's urkomisch dressirte Thier-Familie.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert.
Theatervorstellung.
Auftreten
Spezialitätenkünstl. I. Ranges
Neu! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Burleske mit Gesang von W. Gericke.
Jeden **Sonntag, Montag, Dienstag** und **Donnerstag:** im Saal: **Grosser Ball.**

Ruder-Verein „Collegia"

Charlottenburg. 3334b
Sitzung jeden Donnerstag 8½ Uhr Habsburger Ufer, Restaurant zum Landhaus, G. Schmitz. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sind willkommen.

Freie Volksbühne.

Eröffnung der Winter-Saison Sonntag, den 12. Septbr.
nachmittags 3 Uhr:
Erste Vorstellung der I. Abtheilung
im **„Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater"**
Chausseestr. 25/26. 231/1d
Zur Aufführung gelangt:
Novität! „Illusionen" Novität!
Ein **Hamburgisches Drama** von **Carl Mönckeberg.**

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Beiträge für den Monat August bis zum 28. d. Mts. an die Zahlstellen **abgeführt** sein müssen. Diejenigen Mitglieder, die bis zu **diesem Tage ihre Beiträge nicht entrichtet haben, müssen eventuell einer anderen Abtheilung als ihrer bisherigen überwiesen werden.**
Neue Mitglieder haben das Eintrittsgeld **60 Pf.** und den September-Beitrag (mindestens **60 Pf.**) bei den Zahlstellen zu hinterlegen gegen Quittung und erhalten die Mitgliedskarten nach der Aufnahme eingehändigt.
Diejenigen Personen, welche dem Verein beizutreten beabsichtigen, werden gebeten, sich **sofort in den nachstehenden Zahlstellen zu melden,** falls sie in den ersten Abtheilungen Aufnahme finden wollen.
Die **Zahlstelle No. 23** von **Kessler** befindet sich von jetzt ab bei **Zubeil, Lindenstr. 106,** und bitten wir die Mitglieder dieser Zahlstelle, sich dorthin zu wenden.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Ostbahn-Park

Am Küstriner Platz **Hermann Imbs.** Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Ausstattungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags **20** Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau

Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2–7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Achtung! Maler. Achtung!

Montag, den 30. August, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Milbrodt, Müllerstraße 7:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **In welcher Weise wahren wir am besten unsere Interessen?**
2. Diskussion. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen jedes Kollegen, speziell der im Norden und Moabit wohnenden, dringend geboten.
126/25 **Der Vertrauensmann:** M. Mark, Fruchtstr. 51.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Freitag, den 27. August, abends 8½ Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung: **Der Streik bei Keiling.**
94/20 **Die Lohnkommission.**

Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 29. August, nachmittags 2 Uhr:
General-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Bericht des Vorstandes, des Kassirers und der Revisoren. 3. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 4. Innere Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser General-Versammlung zu erscheinen.
46/3 **Der Vorstand.**

Achtung II. Wahlkreis!

Sonntag, den 29. August 1897:
Grosse Lassalle-Feier
in
Schmargendorf, „Sanssouci", Ruhlaerstr. 20
arrangirt vom 238/18
Sozialdemokratischen Wahl-Verein des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Die Musik wird ausgeführt von der Kapelle des Herrn G. Schauert, der Gesang v. Gesangverein „Kreuzberger Harmonie". Dir.: H. Bleil.
Grosser Ball.
Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag über geöffnet.
Programme à 20 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen und an der Kasse zu haben.
Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr.

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!

Sonntag, den 29. August 1897,
im **„Marienbad", Badstraße 35/36:**
Lassalle-Feier
veranstaltet von den
Genossen der Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen
bestehend in
Theater, Spezialitäten und Gesangsvorträgen mehrerer Gesangvereine. Lebendes Bild.
In beiden Sälen: **Tanz.**
Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr geöffnet.
Anfang 4 Uhr. – Entree 25 Pf.
220/12 **Das Komitee.**

Rixdorf.

Hermannstr. 48 **Victoria-Säle,** Hermannstr. 48.
Sonntag, den 29. August 1897:
Lassalle-Feier
unter Mitwirkung sämmtlicher Gesangvereine Rixdorfs (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Lebende Bilder. Komische Vorträge.
Turnerische Aufführungen von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Rixdorf-Britz.
Kinder-Fackelzug. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Anfang **4** Uhr. Entree **20** Pf. **Der Vertrauensmann.**
Im großen Saale: **Tanzkränzchen des Vereins Vorwärts.**

Rixdorf, Ed. Wiersing's **Restaurant, Garten und Ball-Salon,**
Knesebeckstr. 77. Hermannstr. 87.
Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree. 1912b*
Im Saale v. 4 Uhr ab: **Gr. Ball.** **Kaffeeküche,** 2 Kegelbahnen.
Meine Lokalitäten stehen zu Versammlungen, Hochzeiten und bei Leichenzügen zur Verfügung. **Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.**

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Milchgesch. m. Rolle, auch Fuhrwerk, ist krankheitshalber verkäuflich Mazstr. 14. 204b

Niemand sollte **versäumen**
bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Jgnatz Sello** zu beziehen:
Alten Nordhäuser per Liter 50 Pf.
hergestellt **ohne Pfeffer** oder andere Verschärfungs-Essenz
sowie sämmtl. **Liköre, Weine, Cognac, Rum** ꝛc. **Spirituosen** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr.** zu achten.

Alte Stiefel, ausw. Repar. u. Best. reell u. bill. **Runge. Brizerstraße 43.** 200b

Betten, Reisekoffer, Regulatoren, Kleidungsstücke, Operngläser, Wäsche, Gardinen spottbillig **Pfandleihe Neanderstr. 6.** 83/7

Danksagung.
Allen Freunden u. Bekannten, sowie dem Zentralverband der deutschen Maurer, Filiale Berlin I der Putzer und dem Gesangverein „Gemüthlichkeit", die meinem lieben Mann und unserm guten Vater
Gustav Müller
die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Wittwe
Marie Müller geb. **Waberowsky** nebst Kindern.
205b

Warne einen Jeden, meiner Tochter Klara Neumann auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **Herm. Neumann,** Schwedterstr. 41, Gartenhaus I. [23829

Johannisbeerwein

1/10 Liter **Weinglas** 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Zahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Cloräthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *
Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Sophastoffe auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** 16352*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, **Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.**

Billigste und beste Bezugsquelle für Private, Händler und Wiederverkäufer, Zigarren von 1,70 M. an. 190b
J. Loewe Nachf., Stallschreiberstr. 32.

Cigarrengeschäft zu verkaufen, Zu erfragen Langestr. 80, Hof 2 Tr. bei Lehmann. 209b

Für Schornsteinfeger, Schmiede, Schlosser, Hütten-, Bergwerkarbeiter und so weiter empfehle echt indigo durchgefärbt, schwarz und blau Pommersch sog. **Koerliner Leder,** unübertroffen an Haltbarkeit, zu Hosen und Anzügen billigst per Mtr. 1,25 M. Pr. Pr. 1,45 M. Muster franko zu Diensten. 8329b
J. Lichtenstein, Kolberg i. Pomm.

Zu vermiethen
per sofort oder später **Brunnenstraße 165** große helle Räume, passend zu Konfektion und anderen leichten Gewerbebetrieben. 207b

SO. Elsenstrasse 84.
Gesunde kl. Wohnungen m. Balkon per 1. Oktober. Elektrische und Stadtbahnverbindung. 203b

Schlafst. f. H., Falckensteinstr. 26, V. l.

Arbeitsmarkt.

Die Former und Kernmacher der Firma **Borsig** haben Montag, den 23. d. M., wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. **Zuzug nach betreffender Firma ist streng fernzuhalten!**
L. Müller, Gerichtsstr. 31, Vertrauensmann. [63/4*

Stellmacher!
Die Treppengeländer-Werkstelle von **H. Engel** ist gesperrt. Zuzug ist fernzuhalten. 139/20*
Die Agitations-Kommission.

Tüchtige Kürschner-Gehilfen im Hause verlangt **Louis Bauchwitz,** Neue Königstr. 85. G*

Tüchtige Kürschner-Mamsells gegen hohen Lohn im Hause verlangt **Louis Bauchwitz,** Neue Königstr. 85.

Tüchtige Farbigmacher verlangt Goldleistenfabrik Lottumstr. 5. 206b

Farbigmacher, d. a. Versilbern, ges. Wasserthorstr. 46. 203b

Schriftgießerei.
Mädchen, geübte, verl. Otto Tech, Dresdenerstr. 99. 208b

Blocksägenschneider verl. Michaelkirchstr. 22/23.

Schürzen-Arb. auf einfache schw. auß. Hause verl. Miraß, Greifswalderstr. 13.

Zum Antritt per 1. Oktober cr. suche ich für meine Cigarren-Fabrik tüchtige **Cigarren-** und **Wickelmacher,** sowie einen **Sortirer,** der zugleich Cigarren- oder Wickelmacher sein muß.
L. Landsberger, Gumbinnen, Ostpr.

Strebsamer fleißiger Mann zur Führung ein. **Zigarren-Detail-Filiale** in einem Vorort von **bekannter Firma gesucht.**
Offerten mit gen. Angaben über bisherige Thätigkeit sub **K. G. 729** an **Rudolf Mosse, Berlin C.,** Königstr. 56, erbeten. 83/8

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.